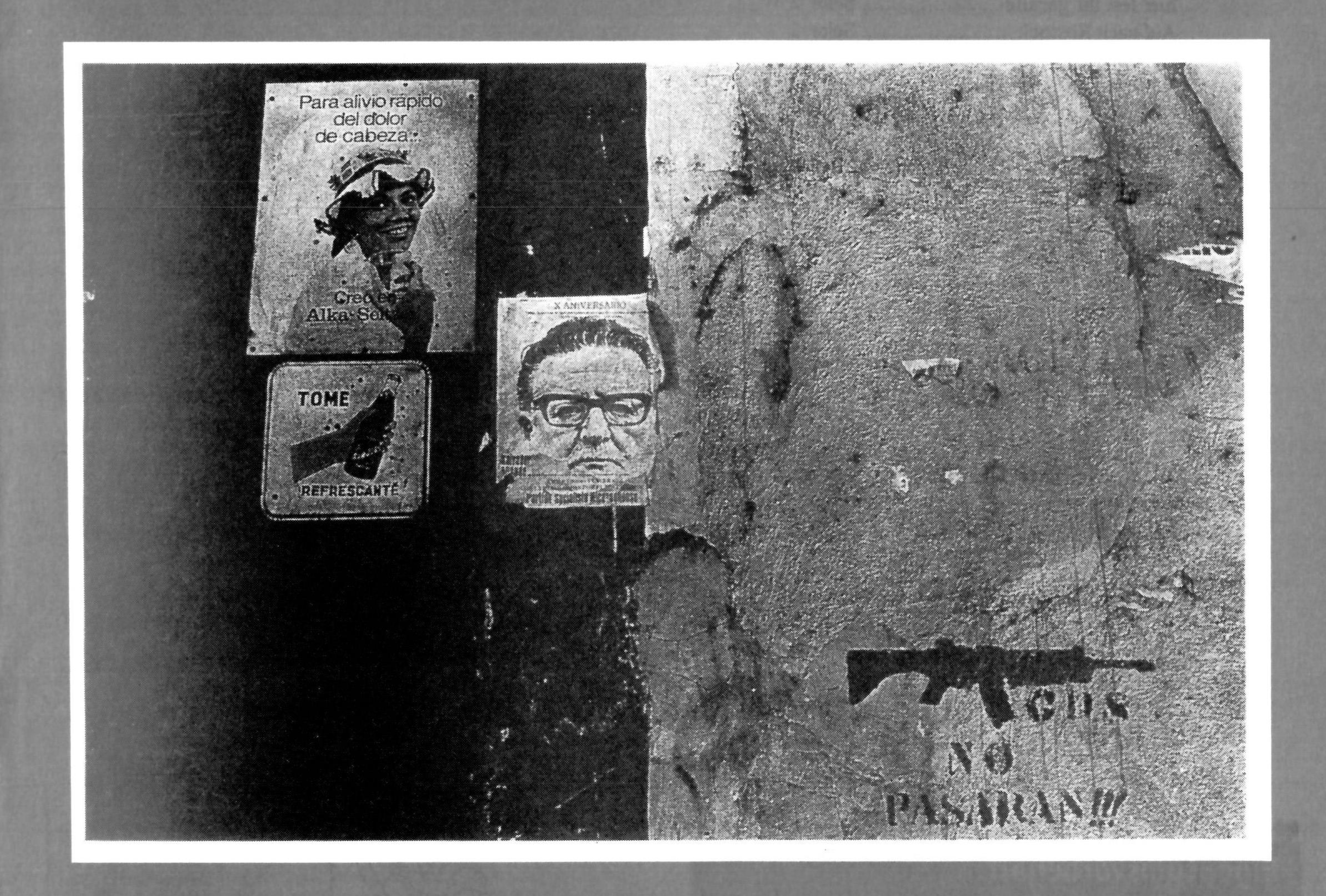
INTERIM

auswärts
3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



- Wahlfieber
- 25 Jahre Diktatur und Neoliberalismus in Chile
- Auf nach Rostock!

Nr. 459

17. September 1998

Hallo Leute!
Vielen Dank für den reichlich gefüllten Briefkasten. Das allgegenwärtige Thema Wahlen begegnet uns mehr oder weniger verschönert an jeder Straßenecke. Zur Diskussion ob wählen gehen oder nicht, haben uns jetzt doch noch einige Stellungnahmen erreicht. Die Karawane, die keine Wahl aber eine Stimme hat, macht am 19./ 20. als Abschluß Ihrer Kampagne eine Demo und einen Kongreß in Köln.
Ein längerer theoretischer Beitrag , der sich auf ein Kritikpapier zu Geronimo bezieht, aus einer neuen "Internet- Zeitschrift für Kritik im Netz und Bewegung im Alltag" (http://www.copyriot.com/unefarce) ist im Ordner gelandet.
Uns liegen die Beiträge zu Chile besonders am Herzen. Hintergrundinformationen hierzu haben wir aus der megafon (Nr. 203 aus Bern) und aus den Blättern des Iz3W (Nr. 231) geklaut.

Viel Spaß beim Lesen

P.S.: Die Speisekarte aus dem Ex die uns erreicht hat, war leider nicht mehr ganz aktuell (von letzter Woche).

Inhalt:

Ordner

- Theoriedebatte zu Geronimo
- autonomer Taliban und dadaistische internationale Heilsfront
- Weitere Papiere zu Anti EU und - WWG aus Bremen
- libertäres zur Wahl
- Sammelordner Brunnenstraße

Impressum:
Herausgeberin: Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

... UND BEWAHRE UNS
VOR 100 PROZENT WAHLBETEILIGUNG...



NAZIAUFMARSCH VERHINDERN!

Alle Antifas: Auf nach Rostock!
Die NPD will am 19. September in Rostock die Abschlußkundgebung ihres „Schwerpunktwahlkampfes“ in Mecklenburg-Vorpommern durchführen. Als Aufmarschort haben sich die Nazis einen besonderen Ort ausgesucht: Das „Sonnenblumenhaus“ in Rostock-Lichtenhagen, das 1992 bundesweit für Schlagzeilen sorgte:Tagelang griff damals ein rassistischer Mob das von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen und Flüchtlingen bewohnte Hochhaus mit Molotow-Cocktails und Steinen an.
Die Polizei sah zu. Ein aufgebrachter deutschnationaler Pöbel applaudierte den Nazi-Brandstiftern bei Bier und Bratwurst bis tief in die Nacht. Nach wenigen Tagen vermeldete die rechtsradikale Szene: „Rostock-Lichtenhagen ist ausländerfrei!“
Der rassistische Angriff in Lichtenhagen war zu Beginn der 90er Jahre neben Hoyerswerda oder Mannheim-Schönau der vorläufige Höhepunkt einer Reihe von Lynch-Überfällen auf sogenannte Sammellager für Flüchtlinge. Zuvor hatte eine durch bürgerliche Parteien und Medien initiierte Kampagne gegen das herrschende Asylrecht über Monate hinweg die Stichwörter für die rassistische Pogromstimmung geliefert. Die Schlagwörter von den Asylantenfluten wurden zu Brandsätzen gegen all jene, die nicht ins Weltbild der Faschisten passen.
Das Schauspiel verdeutlichte die Wechselwirkung zwischen bürgerlicher Parteipolitik und rassistischer Mobilisierung auf der Straße. Nur wenige Monate nach den Übergriffen in Lichtenhagen erreichte die Kampagne gegen das Asylrecht ihr Ziel: Eine große Koalition aus CDU, FDP und SPD strich das Recht auf Asyl faktisch aus dem Grundgesetz – mit dem Verweis auf den in Rostock artikulierten „Volkswillen“.

Gegen den rassistischen Mainstream
Sechs Jahre später befindet sich die extreme Rechte in gestärkter Position. Die etablierten Parteien unterscheiden sich in ihren Forderungen immer weniger von den offen faschistischen. Der aktuelle Bundestagswahlkampf bietet Zündstoff für die rechte Hetzte: Beispielhaft steht hierfür der Diskurs



AUF NACH ROSTOCK!

um die „Innere Sicherheiti, der auf dem Bild vom „kriminellen Ausländer“ aufbaut: Neben der Forderung nach härteren Gesetzen soll im Namen der „Innern Sicherheit“ die weitere Zuwanderung von Menschen, die vor Verfolgung, Krankheit oder Armut nach Deutschland fliehen, weiter einge-
Zulauf insbesondere unter Jugendlichen sichert. Wo Nazis massenhaft ihre menschenverachtende, rassistische Propaganda und sozialdemagogische Hetze auf die Straße tragen, muß ihnen durch breite antifaschistische Bündnisse Widerstand entgegengesetzt werden. Die Parole „Kampf dem Faschismus

um die „Innere Sicherheiti, der auf dem Bild vom „kriminellen Ausländer“ aufbaut: Neben der Forderung nach härteren Gesetzen soll im Namen der „Innern Sicherheit“ die weitere Zuwanderung von Menschen, die vor Verfolgung, Krankheit oder Armut nach Deutschland fliehen, weiter eingeschränkt werden. Vor diesem Hintergrund bieten sich die Faschisten mit ihrer rassistischen Hetze als die Konsequentesten Vollstrecker einer „sauberen Nation“ an. Meinungsforscher sprechen von einem rechtsextremen Potential von 19 (!) Prozent in der BRD. In vielen ländlichen Regionen existiert mittlerweile – vor zehn Jahren in Ost wie West undenkbar – eine konsolidierte rechte Jugendkultur. Das gilt insbesondere für Ostdeutschland, wo es erstmals einer Partei von Ausschwitzleugnern gelungen ist, ein Ergebnis von 13 Prozent (die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt) zu erreichen. In Mecklenburg-Vorpommern verfügt die NPD bereits über ein flächendeckendes Netz von Ortsverbänden.
Die NPD hat die Forderung „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche“ zu einer ihrer zentralen Propagandaparolen gemacht und knüpft so an die rassistische Grundstimmung in der bundesdeutschen Bevölkerung an.

Action speaks louder than words!
Widerstand gegen Nazis findet immer auch auf der Straße statt! Gerade über Großaufmärsche wie in Rostock geplant, beziehen die Rechten schließlich ihre Ausstrahlungskraft, die ihnen den weiteren Zulauf insbesondere unter Jugendlichen sichert. Wo Nazis massenhaft ihre menschenverachtende, rassistische Propaganda und sozialdemagogische Hetze auf die Straße tragen, muß ihnen durch breite antifaschistische Bündnisse Widerstand entgegengesetzt werden. Die Parole „Kampf dem Faschismus auf allen Ebenen“ muß mit allen antifaschistischen und fortschrittlichen Kräften gemeinsam auf der Straße umgesetzt werden. Organisiert den antifaschistischen Widerstand!

Antifa heißt Angriff!
Die NPD hat für den 19. September vollmundig 5000 Teilnehmer angekündigt. Als besondere Attraktion soll in Lichtenhagen Nazi-Terrorist und NPD-Bundestagskandidat Manfred Roeder das rechte Pack in Siegerstimmung versetzen.
Damit versprechen sich die Nachwuchs-Goebbels in der Parteizentrale offenbar ein entsprechendes Medienecho und damit eine weitere kostenlose Propaganda-Show im Bundestagswahlkampf.
Machen wir ihnen einen Strich durch die Rechnung! Sorgen wir dafür, daß der Marsch durch Rostock-Lichtenhagen zum Spießrutenlauf wird. Lassen wir am 19. September Rostock zur no-go-area für Nazis statt zur national befreiten Zone werden!

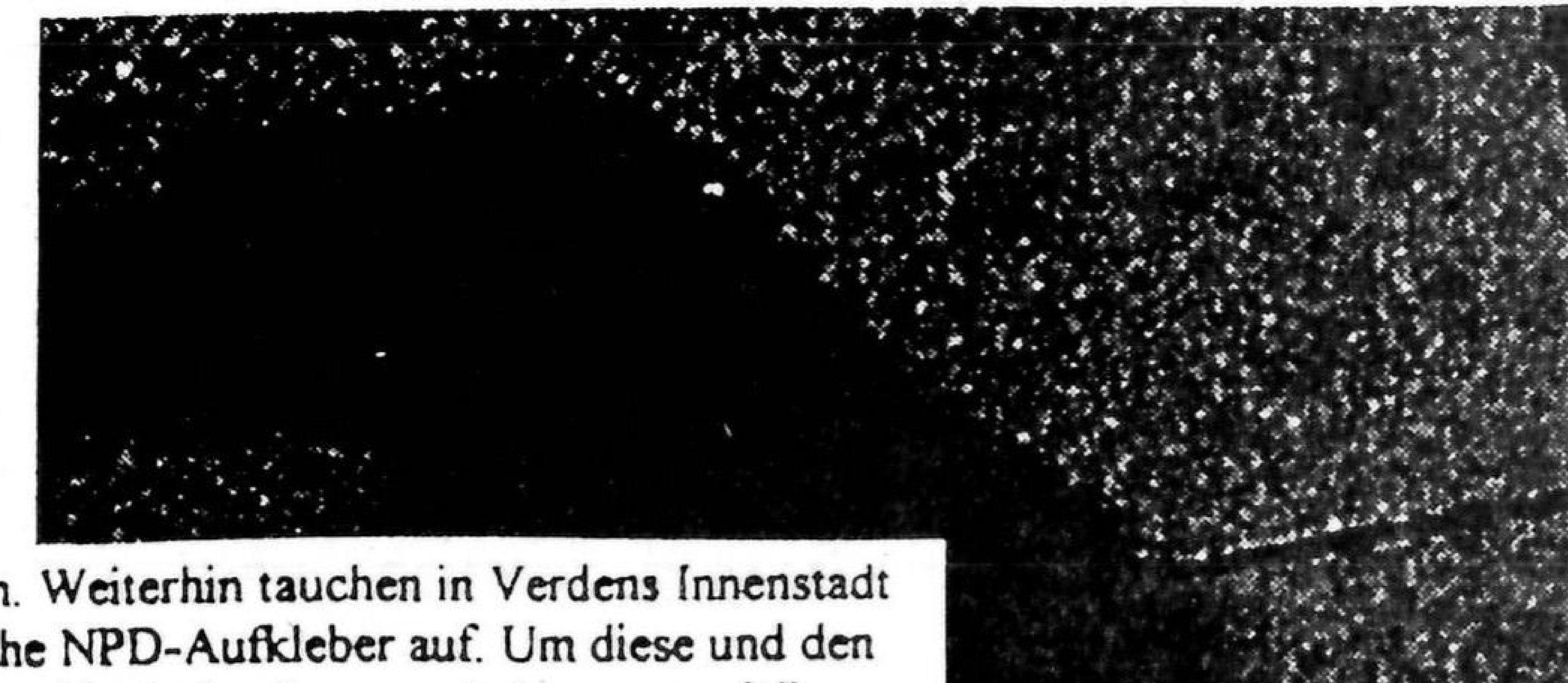
Als AA/BO rufen wir Euch deshalb dazu auf, Euch an den Gegenaktionen der Antifa-Rostock und des Rostocker Bündnisses gegen Rechts zu beteiligen.
19. September: Auf nach Rostock!

Infos unter:
- 0381/454310 Rostocker Bündnis gegen Rech
- 030/27560756 AABerlin
- 040/446095 Hamburg Schwarzmarkt
- 0451/7020748 Lübecker Bündnis

Wieder NPD/ JN in Verden, wieder gescheitert !

Wer nicht hören will...

Ausführlich berichteten wir bereits im Juni über die Entwicklung neofaschistischer Strukturen in und um Verden. Ein erstes Auftreten in größerem Umfang der NPD/JN in Form einer Demonstration mit Kranzniederlegung am 08.05.98 in Langwedel bei Verden konnte damals durch erfolgreiche Gegenmaßnahmen verhindert werden. Darüber hinaus gelang es über gute Pressearbeit mit anschließender ebensoguter Berichterstattung auch in der Tagespresse die NPD/JN-Aktivisten vor der bürgerlichen Öffentlichkeit als Neonazis zu outen und somit der Versuch, sie gesellschaftlich zu



isolieren. Weiterhin tauchen in Verdens Innenstadt zahlreiche NPD-Aufkleber auf. Um diese und den in kurzen Abständen immer wieder neu auf die Wahltafeln plakatierten NPD-Parolen „kümmern" sich inzwischen unabhängig voneinander mehrere Gruppen, entweder durch Abreißen oder verzieren. Seit August klebten auch eigens kreierte A 3-Plakate, auf welchen der Hitlerstellvertreter und Kriegsverbrecher Rudolf Heß verehrt wird. Absender ist die JN Verden-Rotenburg mit einem Postfach in Langwedel und einem Infotelefon. Auch fielen sie wiederholt Samstags mit einem Infotisch in der Verdener Fuzo auf.

muß...

Für den 29.08.98 11.00 Uhr meldete die NPD/JN eine Kundgebung auf dem Verdener Rathausplatz an. Dieser wurde allerdings ab etwa 10.30 von etwa 60 GegendemonstrantInnen besetzt gehalten. Ganze 13 Neonazis versuchten dann, abgeschirmt von Oldenburger Bereitschaftspolizei, den Platz für sich einzunehmen, was ihnen nicht mal zu einem Viertel gelang. Sie führten Holztafeln, sowie JN-Fahnen und eine Schwarz-weiß-rote Fahne mit sich. Als prominenter Redner entpuppte sich der nordrhein-westfälische NPD-Aktivist Achim Ezer. Trotz seines Handmegaphons erwiesen sich die PlatzbesetzerInnen als lautstärker, so daß es für potentielle ZuhörerInnen unmöglich wurde, auch nur einen zusammenhängenden Satz zu vernehmen. Die Polizei verhielt sich während der einstündigen „Kundgebung" (sie bemühten sich tatsächlich so lange) ruhig. Der NPD-Aufmarsch kann abermals als gescheitert angesehen werden. Im Anschluß wurden sie von der Polizei zu ihren Autos eskortiert. Auf einem Parkplatz wurde Achim Ezer aus seinem Auto gezerrt und bekam Prügel. Auch ein weiterer Wagen der Neonazis wurde durch Steinwürfe beschädigt.

Die Presseberichterstattung glich diesmal dem „Rechts gleich Links"- Schema. In einem Presseartikel heißt es fälschlicherweise, die FAU-Ortsgruppe Bremen nähme in einer Presseerklärung für sich in Anspruch, den NPD-Aufmarsch verhindert zu haben. Die FAU erstattete in dieser lediglich Bericht. Die Verhinderung des Nazispektakels war vielmehr der gleichsame Verdienst vieler unterschiedlicher Menschen aus der näheren Umgebung, die die Lehren aus der Weimarer Zeit und die tägliche konkrete Bedrohung durch Neonazis ernst nehmen. Deren Verdienst ist es auch, daß z.Zt. in Verden keine Naziparolen, sondern zahlreiche Antifasymbole die Innenstadt zieren.

Die Bevölkerung ?

Peinlich dagegen waren verschiedene bürgerliche Verdener Organisationen, wie DGB, SPD,Jusos, Grüne, Friedensinitiative, Geschichtswerkstatt u.a., die zu einem SCHWEIGEmarsch unter dem Motto „Dem Haß keine Chance" an der NPD-Kundgebung vorbei aufriefen. Den Vorschlag, ebenfalls den Platz zu besetzen, lehnten sie mit dem Hnweis auf ihr Motto ab. Während die entschlossenen PlatzbesetzerInnen die rassistischen Parolen der Neonazis lautstark niedermachten, liefen etwa 80 dieser Friedensbewegten mit Blümchen in den Händen eilig und SCHWEIGEND !!! auf dem Bürgersteig direkt am Geschehen vorbei zum nahe gelegenen Judenmahnmal und ernteten für diese „Glanzleistung" den Applaus der Medien. „In Steinwurfnähe zum Mahnmal hätte dies nicht geschehen dürfen", zitiert der Kurier am Sonntag vom 30.08.98 „den Kreis der Demonstranten". Am Schweigemarsch beteiligt war auch die Bundestagskandidatin der Grünen, Karin Labinski-Meyer, die darüber erleichtert war, daß " hier über die Grenze von Parteien hinweg gegen Rechts so viele Menschen zusammenstehen". Gemeint waren natürlich die Schweigenden..

Diese Berichterstattung wurde ihnen präsentiert von der Freien Arbeiterinnen und Arbeiter Union, Ortsgruppe Bremen

Auf der Suche nach der Bevölkerung

Zum Auftakt eines heißen antirassistischen Sommers fand vom 30.6. – 5.7.98 in Görlitz eine antirassistische FrauenLesben-Aktionswoche statt.

Unter dem Motto „Weg mit herrschaftssichernden Grenzen" reisten 250-300 FrauenLesben aus der BRD, Polen und anderen Ländern an. Es gab vielfältige Aktionen in der Fußgängerzone, ein Infomobil, welches über Fluchthilfe informierte, eine Veranstaltung zu Frauenhandel und vieles mehr. Auch fand eine Knastkundgebung statt, bei der sich die Frauen Fascho-Sprüche anhören mussten, aber auch begeisterten Beifall nach den polnischen Redebeiträgen bekamen. Bei einer Aktion mit Schlauchbooten auf der Neiße und einem Floß mit dem Transparent „Grenzen auf" in verschiedenen Sprachen kam es zu einer Rangelei mit dem BGS, wobei dieser angesichts der Anzahl und der Entschlossenheit der FrauenLesben den kürzeren zog. Insgesamt kam es zu 12 Verhaftungen, hauptsächlich wurde den Frauen vorgeworfen, die sauberen Häuserwände in Görlitz verunstaltet zu haben. Die vielzähligen Frauen veränderten das Stadtbild Görlitz's sichtbar. Die lokale Presse hatte großes Interesse und berichtete anfangs recht unvoreingenommen. Doch das Verhalten der Bevölkerung zeichnete sich eher durch Ignoranz aus. Während die Frauen auf der Straße eine Grenze zogen oder das Denkmal für den unbekannten Denunzianten einweihte, blieben die wenigsten stehen. Die Aktivistinnen blieben hauptsächlich unter sich. Auch BGS und Polizei ließen sich kaum blicken, alle Aktionen konnten bis zum Ende durchgeführt werden.
Bei den Aktionen gab es die inhaltlichen Schwerpunkte Denunziation, Fluchtursachen und Fluchthilfe. Leider wurde der BGS zu wenig als Ziel ausgemacht.

Im Zentrum der Aktionen stand meist das Ziel Aufklärung durch Informationen, obwohl im Vorfeld diskutiert wurde, das die Irritation der Bevölkerung im Mittelpunkt stehen soll. Doch anscheinend würde diese Idee von den Aktionistinnen nicht mitgetragen. Im Nachhinein steht auch die Anzahl der Aktionen in einem Mißverhältnis zu den anwesenden Frauen. Es hätte ruhig etwas mehr sein können. Durch die Masse der Frauen wären auch andere, spektakulärere Aktionen möglich gewesen. Es hat jedoch niemand mit der großen Anzahl von Frauen gerechnet. Leider waren wir nicht flexibel genug, um darauf zu reagieren.
Ein Grund für die Unflexibilität vor Ort war, daß die Diskussionen um unsere Sicherheit vor Angriffen von Faschos einen großen Raum eingenommen haben. Das Schutzkonzept war sorgfältig erarbeitet. Doch die täglichen Diskussionen darum nahmen viel Raum ein und haben Inhaltliches verdrängt. Auch kritisierten Migrantinnen, daß die Bedrohung von Frauen durch Faschos im Mittelpunkt stand, während die weit größere Bedrohung von Nicht-Deutschen durch BGS und Polizei nicht thematisiert wurde.

Die Aktionswoche wurde innerhalb eines halben Jahres von kleinen Gruppen in verschiedenen Städten vorbereitet. Es wurden in Görlitz und Zittau Kontakte zu antirassistischen Gruppen und Einzelpersonen geknüpft, die die Idee und Vorbereitung unterstützten. Durch den organisatorischen Aufwand blieb für inhaltliche Diskussionen zu wenig Zeit. Bei einer längeren Vorbereitungsphase mit inhaltlicher Diskussion hätten größere gemeinsame Aktionen geplant werden können.
Insgesamt waren die Aktionen sehr defensiv. Kein Auto musste umgeleitet werden, keine Straßenbahn anhalten, auch die Diskussionen mit der Bevölkerung verliefen wenig konfrontativ. Warum? Lag es wirklich nur an der Verunsicherung, die Situation vor Ort nicht zu kennen? Wir sollten darüber nachdenken, wie wir aus der derzeitigen Defensive wieder herauskommen.

Die Frage zum Erfolg der Aktionstage ist eine schwierige.

Mit der Teilnahme von 250-300 FrauenLesben hat niemand gerechnet. Es ist als politischer Erfolg zu werten, daß so viele Frauen für 5 Tage zusammenkommen, um gegen die Grenze und Flüchtlingspolitik zu agieren. Auch haben diejenigen, die sich vor Ort antirassistisch engagieren durch die Aktionswoche viele Kraft und neue Ideen geschöpft. Die Stimmung unter den Frauen war sehr gut. Erstmals seit Jahren gab es wieder ein bundesweites FrauenLesben-Bündnis, daß politisch öffentlich in Erscheinung getreten ist. Auch hat die Vor- und Nachbereitung dieser Aktionstage in den Städten viele Diskussionen angeregt.
Die politische Wirkung nach außen kann frau/man jedoch als gering bezeichnen.

Dennoch bilden die Aktionstage bilden eine wichtige Grundlage für weitere Schritte. Jetzt sollte die Zeit sein, inhaltlich stärker zu diskutieren und in den jeweiligen Städten weitere antirassistische Aktivitäten vorzubereiten. Auch können nun gezielt Kontakte zu MigrantInnenselbstorganisationen und Menschenrechtsorganisationen aufgebaut werden, mit der Perspektive unsere politischen Schritte aufeinander abzustimmen, gemeinsame Schwerpunkte zu erarbeiten und koordinierte Aktionen öffentlich durchzuführen.



Macht die IG-Farben Aktionärsversammlung ´98 undurchführbar!
Entschädigung jetzt für ALLE ehemaligen ZwangsarbeiterInnen!

Spätestens im Laufe der nächsten 2 Monate werden sich erneut die Aktionäre der IG Farben in Abwicklung (i.A.) in Frankfurt/Main zu ihrer jährlichen Hauptversammlung treffen.

IG Farben: Verantwortung für Krieg und Naziverbrechen
Die IG Farben, der Zusammenschluß von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einiger kleinerer deutscher Chemiefirmen, steht wie kaum ein anderer Konzern für die enge Verflechtung zwischen der deutschen Wirtschaft und dem nationalsozialistischen Terror-Regime der Nazis. Die IG FARBEN profitierte von der Politik der NSDAP wie die Nazis von der Unterstützung der IG FARBEN profitierten. Die IG FARBEN war der größte Einzel-Finanzier der NSDAP, baute Hitler maßgeblich auf, befürwortete ausdrücklich dessen Kriegspläne und schaffte durch die Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit, einen internationalen Krieg loszubrechen.

IG Farben: Zwangsarbeit und Massenmord
In den Jahren nach `33 perfektionierte IG Farben, das von ihrem Gründer Carl Duisberg bereits im Ersten Weltkrieg "erfundene" System der Zwangsarbeit. In allen Werken des Konzerns wurden Tausende von ArbeitssklavInnen bis zum Tod geknechtet. Für geringste Beträge von der SS "gekaufte" Häftlinge wurden von den IG FARBEN-Wissenschaftlern in grausamen medizinischen und anderen Versuchen zu Tode gequält. Der KZ-Arzt Mengele, der in berüchtigten Versuchen Häftlinge zu Tode brachte, wurde direkt von der IG FARBEN finanziert. Der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma wurde mit dem IG FARBEN-Giftgas Zyklon B perfektioniert.

50 Jahre nach Nürnberg: Die Eliten sind rehabilitiert.
Das Urteil für die Kriegsverbrechen der IG Farben vom 29.Juli 1948 entsprach in keinster Weise den Verbrechen: Nach 152 Verhandlungstagen gab es nur Minimalstrafen für einige Angeklagte von bis zu acht Jahren. Die westlichen Alliierten hatten beschlossen, die alten Eliten zu rehabilitieren, um ein wirtschaftlich starkes Westdeutschland als "Bollwerk gegen den Kommunismus" aufbauen zu können. Weitere geplante Prozesse, die unter anderem gegen SIEMENS, KRUPP, DRESDNER BANK und DEUTSCHE BANK hätten geführt werden sollen, fanden gar nicht mehr statt. Bereits 1951 wurden die noch in Haft befindlichen Manager und Direktoren der IG Farben begnadigt, um sich wenig später in Westdeutschland in Top-Positionen wiederzufinden.

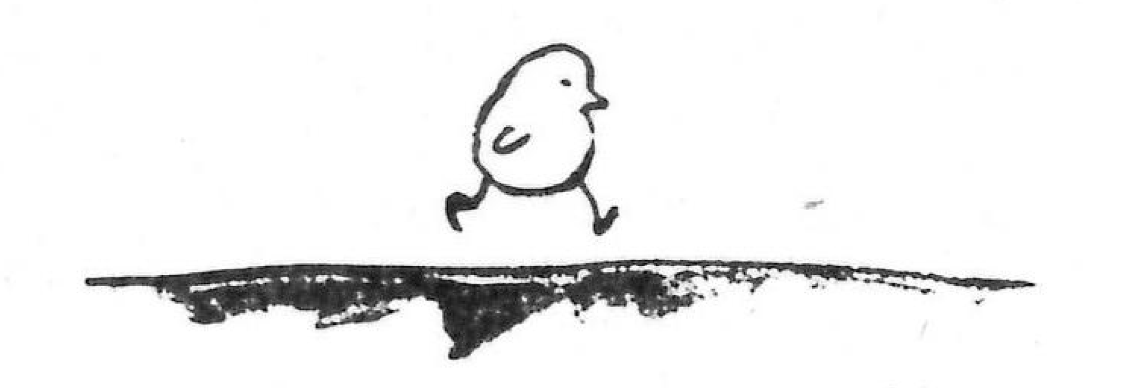
"In Abwicklung"- seit 50 Jahren: Eine Verhöhnung aller Opfer!
Die IG FARBEN müßten nach dem Urteil von 1948 seit spätestens 1953 aufgelöst sein. Seit nunmehr 50 Jahren zieht sie noch immer Profite aus ihren in Reichsmark notierten Aktien. Gleichzeitig verweigert sie- und mit ihr die Nachfolgekonzerne BASF, BAYER und HOECHST - Wiedergutmachung für die Opfer und Angehörigen der Opfer ihrer Terror-Tätigkeit in der Zeit des Hitler-Faschismus. Die nun schon fünfzig Jahre währende Abwicklung ist eine beständige Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus.

Die Aktionärsversammlung `98 undurchführbar machen!
Nach über zehn Jahren sind die Proteste gegen die Aktionärsversammlung der IG FARBEN zu einem Symbol des Kampfes um Entschädigung und gegen die Verleugnung des Verbrechens der Zwangsarbeit geworden. In Solidarität mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen rufen wir deshalb dazu auf, die diesjährige Aktionärsversammlung mit Protestaktionen im Vorfeld oder am angekündigten Termin außer- und innerhalb des Tagungsortes undurchführbar zu machen.

Nach einem Ultimatum des Frankfurter Amtsgerichts wird die IG FARBEN den Termin ihrer Aktionärsversammlung in Frankfurt innerhalb der nächsten 3 Wochen bekannt geben. Die IG FARBEN ist dazu verpflichtet diesen Termin spät. 6 Wochen vorher bekanntzugeben. Der genauere Ort und Zeitpunkt ist also noch nicht bekannt. Letztes Jahr konnte das Bündnis gegen die IG FARBEN erreichen, daß kein Frankfurter Hotel mehr Räume für die IG FARBEN-Aktionäre zur Verfügung stellte.
Auch in diesem Jahr wird versucht werden, die Aktionärsversammlung mit allen Mitteln zu blockieren. Sobald der genaue Zeitpunkt klar ist, werden wir versuchen, in Form einer Informations- und Mobilisierungsveranstaltung sowie der Bereitstellung von Bussen, nach Frankfurt zu mobilisieren.

Ihr werdet wieder von uns hören, falls wir weitere Infos haben. Falls ihr Fragen habt, wendet euch an uns!

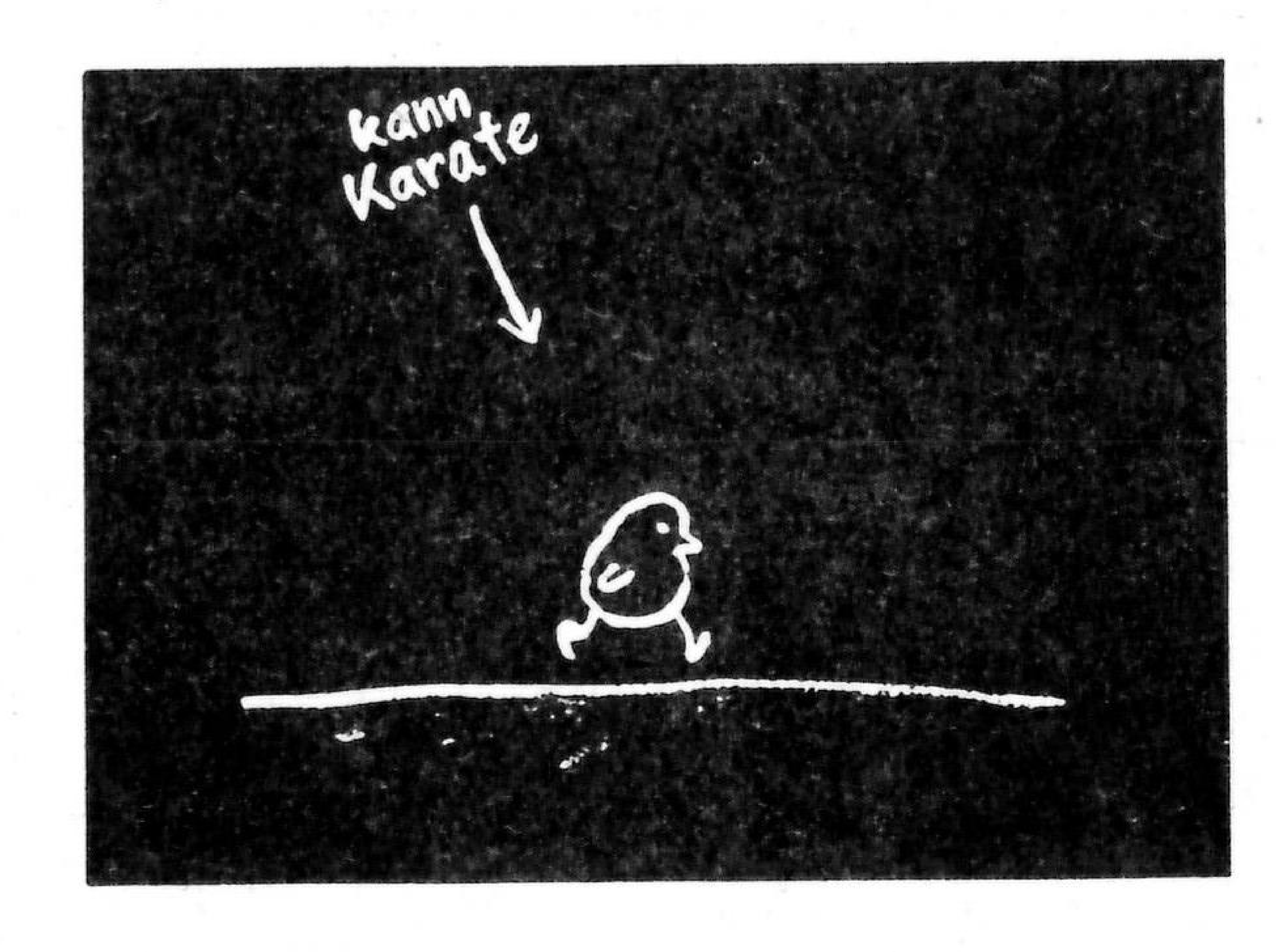
Antifaschistische Aktion Berlin
Tel.: 030/27 56 07 56, FAX: 030/27 56 07 55
www:http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aab



Hallo Ihr!

Am 01.08.1998 fand in der Gaststätte „ Zum kühlen Trunk“ in Weidach bei Coburg eine Gedenkveranstaltung anläßlich des 100. Todestages Bismarcks statt. Organisator dieser Veranstaltung war Peter Dehoust. Dehoust ist Mitherausgeber der drittgrößten rechtsextremen Zeitschrift „Nation Europa“, die er nutzt um seine rassistische Hetze zu verbreiten. Er war und ist Mitglied verschiedenster rechtsextremer Organisationen, (NPD, Deutsche Liga für Volk und Heimat etc.) Er war Mitbegründer des HSA (Hilfskomitee Südliches Afrika) und wurde in diesem Zusammenhang beschuldigt an der Ermordung des ANC-Führers Chris Hani beteiligt gewesen zu sein.
Als einer der Chefideologen des rechtsextremen Spektrums kann er als geistiger Brandstifter für die zahlreichen Übergriffe der StiefelfaschistInnen auf ausländische Menschen zur Verantwortung gezogen werden.
Während besagter Veranstaltung trat auch der Liedermacher Veit auf, der offen seine Nähe zum NS-Faschismus proklamiert und sich durch seine aufstachelnden Texte ebenfalls zum Mordhetzer macht.
Da die kontinuierlich neonazifreundliche Praxis des Wirts während der letzten Jahre beobachtet werden konnte, gehen wir davon aus, daß er weiß, wen er da unterstützt. Da er seine Räume zur Verfügung stellt und wir ihn deshalb für eine der Schlüsselfiguren halten, die das Wirkungsfeld der FaschistInnen auf diese Weise erweitern, haben wir uns entschloßen einen Buttersäureanschlag auf seine Kneipe durchzuführen um ihn an seiner wirtschaftlichen Existenz zu treffen.
Wir hoffen durch eine derartige Arbeitsweise Teile der Infrastruktur der Neonazis zerschlagen zu können. In einem BekennerInnenschreiben haben wir den Wirt wissen lassen, daß wir wiederkommen werden, wenn er nicht mittels einer Anzeige in den Coburger Lokalzeitungen bekannt gibt, daß Veranstaltungen, wie die am 01.08.1998 in seinen Räumen nicht mehr stattfinden werden.
Auch in einem Brief an das „Coburger Tageblatt“, haben wir versucht unseren Anschlag plausibel zu machen. Wir wollen nun hier unsere Vorgehensweise offen diskutierbar machen und eine allgemein zugängliche Bezugsmöglichkeit schaffen, da unsere Aktion in den örtlichen Medien totgeschwiegen wurde.

Liebe Grüße
Autonome Gruppe „Günther Sare“





Der Widerstand gegen die Militärdiktatur in Chile ist eine blutige und bittere Geschichte. Zehntausende wurden in den Jahren nach dem Putsch ermordet, gefoltert und eingeknastet. Trotz dieser brutalen Repression gelang es dem Pinochet-Regime nie den Widerstand ganz zu zerschlagen. Die Ziele der verschiedenen Oppositionsparteien waren jedoch zu unterschiedlich und widersprüchlich, als dass der Widerstand jemals in der Lage gewesen wäre, die Diktatur zu beseitigen und die Schlächter und Folterer zur Rechenschaft zu ziehen.

25 Jahre Widerstand gegen Terror und Folter

Die Bewegung der revolutionären Linken (Movimiento de Izquierda Revolucionario) MIR gründete sich bereits im Jahre 1965. Sie entstand hauptsächlich aus studentischen Kreisen und suchte ihre Basis in den städtischen Elendsvierteln und in ländlichen Regionen unter der indigenen Bevölkerung, welche von der traditionellen Linken eher vernachässigt worden sind. Inspiriert von der kubanischen Revolution und den Tupamaros in Uruguay zog der MIR den bewaffneten Kampf und direkte Aktionen dem Parlamentarismus vor. Ab 1967 führte der MIR auf dem Land verschiedene Grenzzaunverschiebungen durch; in den Städten organisierte er Besetzungen von Geländen, um ganze Siedlungen zu erbauen. Mit Bankräuben finanzierte der MIR nicht nur die eigene Organisation, sondern auch verschiedene soziale Bewegungen und Gewerkschaften. Dies gab dem MIR ein Robin Hood Image und machte ihn auch populär. Im Juni 1968 liess der damalige christdemokratische Präsident Eduardo Frei den MIR verbieten.

1969 formierte sich die Unidad Popular (UP), ein Wahlbündnis der Linken, dem neben der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei noch vier weitere kleinere Parteien angehörten. Die UP einigte sich auf Salvador Allende von der Sozialistischen Partei als Präsidentschaftskandidaten. Das Programm der UP war gegen die ausländischen Monopole und die einheimische Oligarchie gerichtet. Das Ziel war auf demokratischen Weg, mit friedlichen Mitteln schrittweise eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft zu vollziehen. Dies entsprach auch der moskautreuen Haltung der Kommunistischen Partei (KP). Nach ihrer Etappentheorie muss in einem Entwicklungsland zuerst eine nationale Befreiungsfront eine bürgerlich-demokratische, antiimperialistische und anti-oligarchische, aber nicht eine anti-kapitalistische Revolution machen.

Trotz dieser grundlegend unterschiedlichen Vorstellungen gab es zwischen dem MIR und der UP verschiedene Verbindungen. Im Juni 1970, also drei Monate vor den Wahlen hat der MIR auf Wunsch von Salvador Allende seine bewaffneten Aktionen eingestellt. Und in der Gruppe, die für den Schutz des UP-Präsidentschaftskandidaten zuständig gewesen ist, waren ausschliesslich MIRistas vertreten.

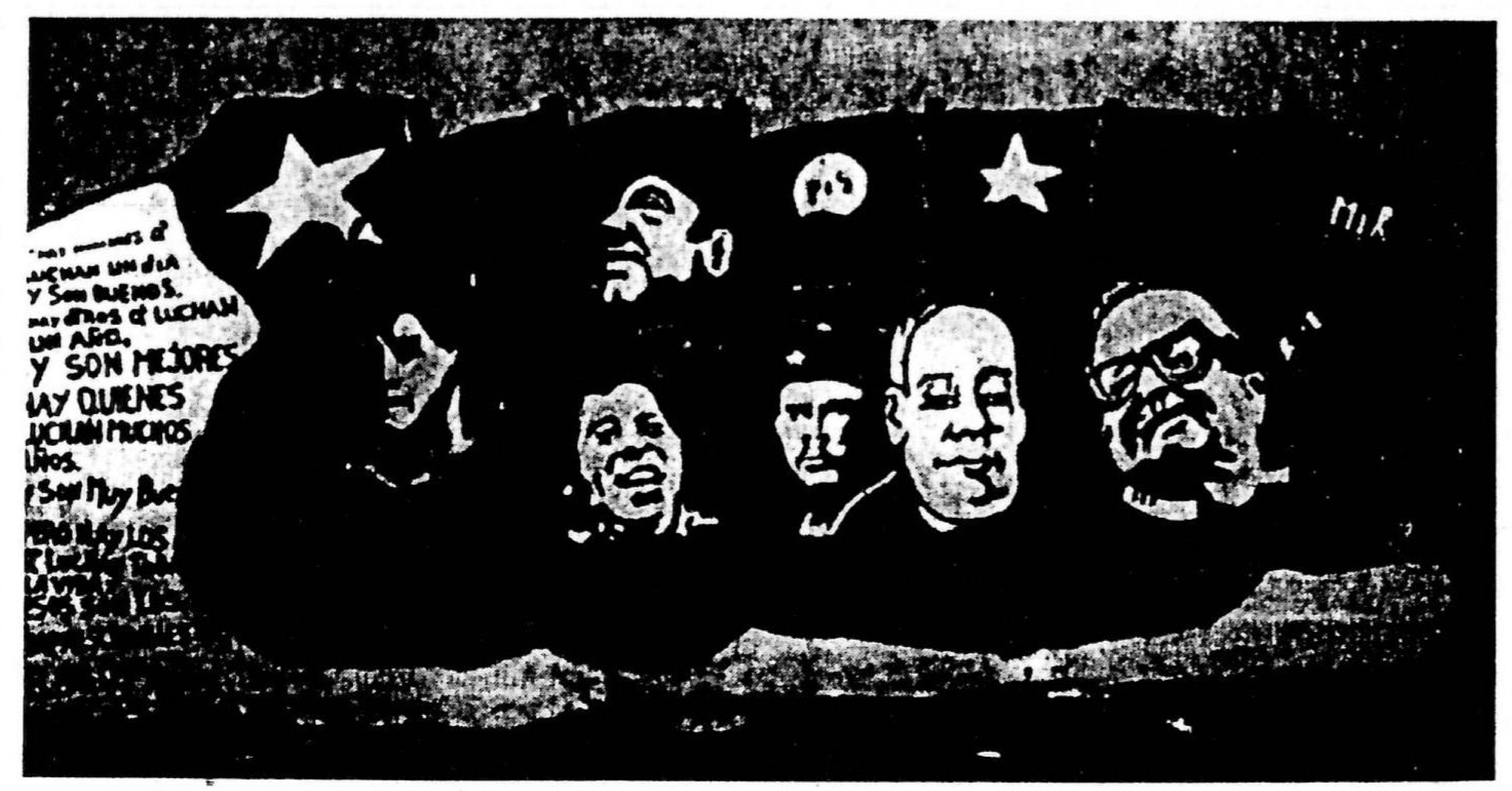
Die Unidad Popular Regierung

Am 4. September 1970 gewann Salvador Allende die Präsidentschaftswahlen. Die Ministerposten werden von vier Sozialisten und je drei Kommunisten und Mitglieder der radikalen Partei übernommen. Dem Generalsekretär des MIR, Miguel Enriquez wurde das Gesundheitsministerium angeboten, dieser hatte jedoch kein Interesse. Nach dem Amtsantritt der UP-Regierung im November 1970 machte diese sich daran ihr Programm umzusetzen. Grossgrundbesitz wurde enteignet und an Bauern verteilt, die Kupfermienen sowie 200 Unternehmen, die Banken und der Aussenhandel verstaatlicht. Das Recht auf Schulbildung für alle wurde durchgesetzt. Ausserdem trat eine Amnestie in Kraft, in deren Folge alle Gefangenen des MIR freigelassen worden sind.

Gleichzeitig begannen Provokationen und Sabotage-Aktionen von paramilitärischen Gruppen wie «Patria y Libertad» gegen die UP-Regierung. Noch vor dem Amtsantritt Allendes wurde der Oberbefehlshaber der chilenischen Armee, René Schneider ermordet, weil er sich geweigert hatte gegen die Verfassung zu verstossen und den Amtsantritt von Allende zu verhindern.

Im Jahre 1972 gab es zwischen der UP und dem MIR Gespräche über dessen Eintritt in die Regierung auf der Grundlage eines neuen Regierungprogrammes der UP, das sich «Programm des Volkes» nannte und einen revolutionären Weg ermöglichen sollte. Die Gespräche scheiterten jedoch, weil sich innerhalb der UP die Rechte durchsetzte. Der interne Widerspruch innerhalb der UP drückte sich in zwei Parolen aus: Die KP und die Leute um Allende hatten die Parole «das Erreichte sichern, um voranzuschreiten» vertreten, während das «Programm des Volkes» die Parole «Voranschreiten ohne Kompromisse» propagierte und Formen der Volksmacht (poder popular) ausbauen wollte um die putschfreundliche Militärs zurückzudrängen.

Eine Schlüsselrolle in der chilenischen Geschichte haben die Ereignisse vom 29. Juni 1973 gespielt: Es kam zu einem Putschversuch. Eine Panzereinheit hat sich vorzeitig erhoben, ohne auf die Bewegung der Putschisten zu warten. Das führte zu einer spontanen und massiven Mobilisierung der Basisorganisationen. Aber die UP-Regierung reagierte nicht mit einem harten Vorgehen gegen die Militärs. Anstatt Waffen an die Massenorganisationen zu verteilen und die Revolution zu machen, verabschiedete die UP ein neues Waffen-Kontrollgesetz und ging gegen die revolutionären ArbeiterInnen in den Fabriken und Stadtteilen vor.



Der 11. Sept. 1973 und seine Folgen

Als dann die Militärs unter General Pinochet am 11. September 1973 die Macht übernahmen, begannen in den Stassen von Santiago regelrechte Menschenjagden.

Tausende wurden in Fussballstadien zusammengetrieben und umgebracht. Salvador Allende blieb mit etwa 40 GenossInnen bis zum bitteren Ende im Präsidentenpalast La Moneda und forderte über Radioansprachen die Bevölkerung zum Widerstand auf. Der Widerstand hatte jedoch keine Chance. Der MIR ging davon aus, dass sich die Streitkräfte spalten würden und dass es zum Bürgerkrieg käme. Die Putschisten hatten die Armee aber voll unter Kontrolle. Demokratisch gesinnte Militärs wurden verhaftet und viele ermordet. Die Strukturen des MIR konnte der bestialischen Repression der Militärs nicht standhalten. Hunderte von GenossInnen, darunter ein grosser Teil der MIR-Führung landete im Gefängnis oder wurde umgebracht. Während die meisten Führer der UP-Parteien ins Exil gingen, gab der MIR die Parolen «Nein zum Asyl» und «Wer das Land verlässt, verlässt den MIR» heraus. Diese Haltung erwies sich jedoch als illusorisch und schon bald wurde die MIR-Führung ins Ausland verlegt.

Die KP setzte auch nach dem Putsch statt auf bewaffneten Widerstand auf eine antifaschistische Front unsd versuchte vergeblich eine Allianz mit der Christdemokratie herzustellen. Noch bis 1976 bezeichnete die KP den MIR als «trojanisches Pferd des Imperialismus».

Die Militärjunta begann unmittelbar nach dem 11. September 1973 die Errungenschaften der UP-Regierung rückgängig zu machen. Die Betriebe wurden reprivatisiert, das Land den Bauern wieder weggenommen und den ehemaligen Grossgrundbesitzern zurückgegeben.

Die von der KP umworbene Christdemokratie hatte nach dem Putsch eine zweideutige Erklärung abgegeben, dass die Situation unter der Volksfront unerträglich gewesen sei, und dass sie nun die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokrtatie erwarte. Doch daraus wurde nichts. 1974 kam es zum Bruch mit der Junta. Die Christdemokraten waren weder mit der brutalen Repression noch mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik einverstanden, die ihre traditionelle Klientel, die einheimische Bourgoisie, bedrohte.

Als sich 1978 der Widerstand in der Bevölkerung langsam neu zu formieren begann, war der MIR in Chile praktisch zerschlagen. Am 1. Mai demonstrierten zum ersten Mal seit dem Putsch 15'000 Personen gegen die Militärdiktatur. Darauf organisiert der MIR die «Aktion Rückkehr»: Hunderte exilierter MIRistas kehrten nach Chile zurück um die Guerilla neu aufzubauen. Während PS und KP immer noch erfolglos auf ihre antifaschische Front setzten, deren Achse die Christdemokratie und nicht die Einheit der Linken sein sollte, versuchte der MIR, der in der Bevölkerung erwachte Widerstand zu artikulieren und kanalisieren. Der MIR steckte hinter vielen sozialen Mobilisierungen, Protesten und bewaffneten Aktionen Ende 70er und Anfang der 80er Jahre.

Die Diktatur bekommt eine neue «Verfassung» – der Widerstand erwacht

Am 11. September 1980, also am 7. Jahrestag des Putsches liess Pinochet ein Plebiszit über eine neue Verfassung durchführen. Diese von Pinochet ausgearbeitete Verfassung beinhaltete den Übergang von der Militärdiktatur zur «Demokratie». Vorgesehen war, dass die «demokratische» Verfassung im Jahre 1990 in Kraft tritt, und dass Pinochet bis 1997 Präsident bleiben würde. (Was er ja auch alles mehr oder weniger durchsetzen konnte). Obwohl die Abstimmung (dank Wahlbetrug) zugunsten des Diktators ausgefallen ist, markierte das Plebiszit ein Umschwung in der Stimmung im Lande. Oder wie ein ehemaliger Politiker der traditionellen Rechten, der Ex-Senator Victor Garcia bemerkte, das Negativste am Plebiszit sei, dass es «das politische Bewusstsein wiedererweckt hat». Trotz Einschüchterungen und Ausnahmezustand fanden im Vorfeld der Abstimmung viele Demonstrationen gegen Pinochet statt.

Dem MIR gelangen im Jahre 1980 ebenfalls zahlreiche spektakuläre Aktionen, mit denen sie aufzeigen konnten, dass das Regime angreifbar ist, und die KP veröffentlichte im September eine Erklärung, dass alle «Kampfformen» in der «Volksrebellion» zulässig seien. Mit ihrer anti-faschistischen Einheitsfront hatte die KP null Erfolg. Daraufhin entschied sich die KP für den bewaffneten Kampf und begann den «Frente Patriotico Manuel Rodriguez» (FPMR) aufzubauen.

Als 1983 sich die Wirtschaftskrise zugespitzt hat, Massenmobilisierungen und ArbeiterInnenkämpfe alltäglich und die Auseinandersetzung immer härter geworden sind, hat der MIR zu viele Schläge einstecken müssen und ist nicht in der Lage diese Situation wirklich auszunutzen. Am 14. Dezember 1983 trat dann der FMPR zum ersten Mal öffentlich in Erscheinung. Der Frente organisierte an diesem Tag neben verschiedenen Sabotage- und Enteignungsaktionen auch die Entführung des Vizedirektors der Tageszeitung «Nation», dem Sprachrohr der Diktatur. In den Armenvierteln verteilte der Frente die bei den Enteignungsaktionen erbeuteten Lebensmittel.

Während 1983 in einigen Quartieren der Grosstädte bürgerkriegsähnliche Situationen entstanden, nähern sich die Positionen des MIR und der KP zum ersten Mal an. Zudem gelang es die Demokratische Volksbewegung (MDP) zu gründen, eine Dachorganisation, die alle revolutionären Kräfte trotz aller Widersrüche zusamenschliessen konnte.

Mitte der 80er Jahre trat der Frente immer wieder mit spektakulären Sabotageaktionen und Frontalangriffen gegen das Regime in Erscheinung. Im September 1986 verübte der Frente ein Attentat auf Pinochet, welches der Diktatur nur mit Glück überlebte. Am 1. September 1987 führte der Frente die Operation Principe durch. Coronel Carreno, der Vizedirektor der staatlichen Waffenfabriken wurde entführt und erst nach 92 Tage in Brasilien wieder freigelassen; als Gegenleistung musste der Staat Lebensmittel und Kleider in den Armenvierteln verteilen. In diesen Jahren wurde die Repression gegen alles was zum Frente gehört oder gehören könnte, immer brutaler. Bei einer Repressionsaktion im Juni 1987 wurden beispielsweise zwölf Militante des Frente erst gar nicht verhaftet, sondern gleich erschossen.

Ende der Diktatur – Pinochet bleibt

Die Repression traf nicht nur die Guerilla, sondern auch breite Teile der Basisbewegungen. Der Linken wird langsam die Initiative entzogen. Die Christdemokratie, die von der Repression grösstenteils verschont geblieben ist, schaffte es, sich an die Spitze der Opposition zu setzen, und profitierte auch von der Krise der Linken. Innerhalb der PS, KP, dem FPMR und auch dem MIR kam es Ende der 80er Jahre zu Spaltungen. Die Diktatur ihrerseits hat die Wirtschaftslage wieder in den Griff bekommen und konnte Teile der Bourgoisie wieder auf ihre Seite ziehen, die ihr vorher die Unterstützung entzogen hatte. Damit wurde eine neue Etappe eingeleitet, in der die Diktatur beginnt, den in ihrer Verfassung aus dem Jahr 1980 vorgeschriebenen Zeitplan für die begrenzte Demokratisierung in die Praxis umzusetzen. Im Jahre 1988 wurde ein weiteres Plebiszit abgehalten, bei dem es darum ging, ob Pinochet weiterhin Präsident bleiben sollte. Die-

ses Mal konnte Pinochet den Urnengang nicht mehr manipulieren und musste zum ersten Mal eine Niederlage einstecken. Ein Jahr darauf fanden dann Wahlen statt, bei welchen die Chrisdemokratie am meisten Stimmen erhielt und in dessen Folge Patricio Alwyn am 11. März 1990 sein Amt als Präsident der Übergangsregierung antreten konnte, während Pinochet nach wie vor der Oberbefehlshaber der Streitkräfte blieb – keiner seiner Folterer und Mörder wurde zur Rechenschaft gezogen.

Bewaffneter Kampf in den 90ern?

Die MIR war Mitte/Ende der 80er Jahre als Organisation ausserhalb der Knastmauern kaum noch existent. Die vielen Gefangenen der MIR beteiligten sich an all den Protesten gegen die unmenschlichen Haftbedingungen und die Folter. Ausserhalb der Knastmauern blieben die Bezüge zum Konzept, der Praxis der MIR bestehen, immer wieder waren-MIR-Fahnen an Demos zu sehen. Übriggeblieben waren viele vereinzelte Militante, kleine Zusammenhänge, welche bis heute an all den verschiedenen Protesten in den Barrios, Strassenkämpfen, Alltagsprotesten beteiligt sind.

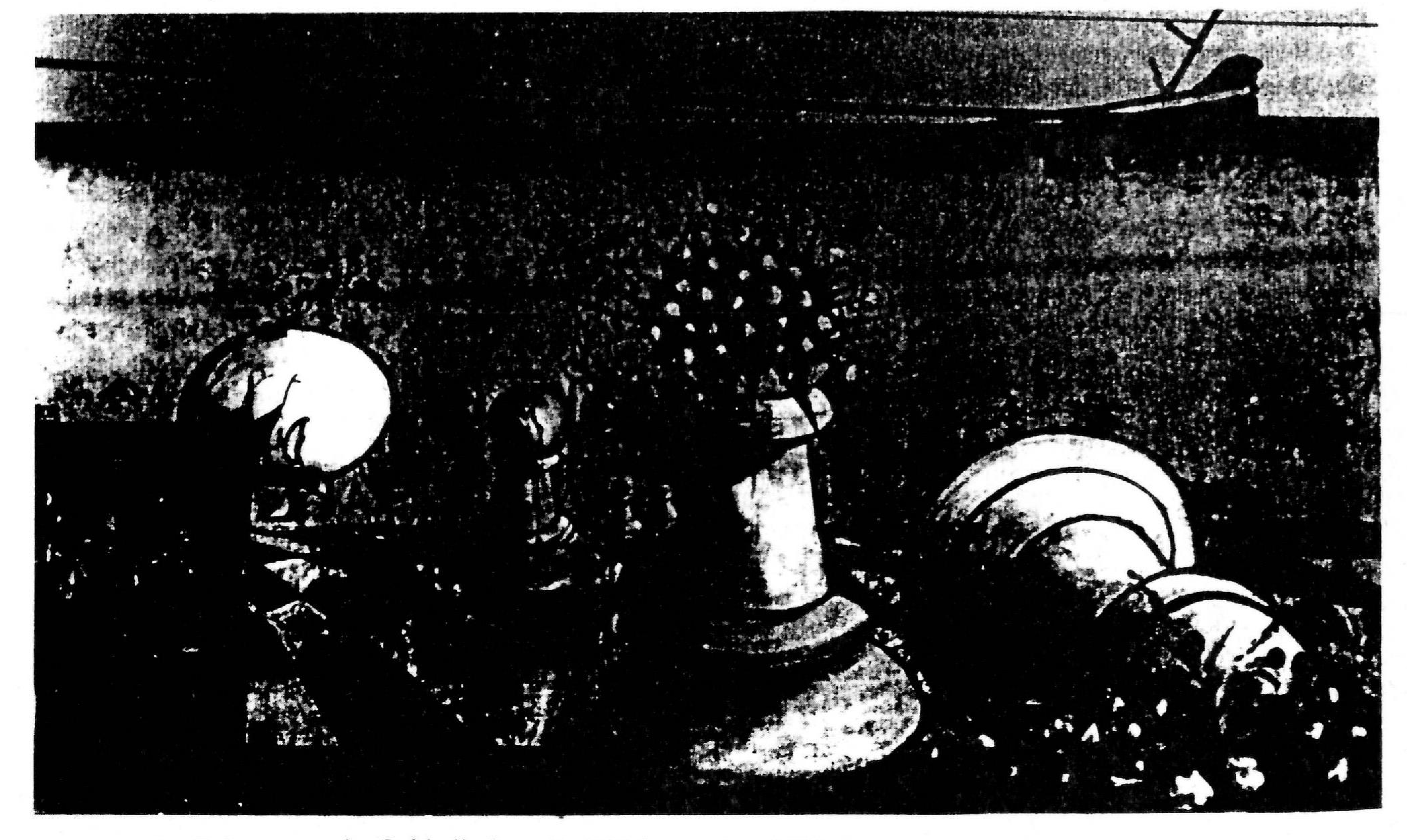
Die KP ihrerseits hatte Ende 80er Jahre die Parole «Nein zur Militarisierung der Politik» rausgegeben, da sie die Strategie den Tyrannen durch den bewaffneten Kampf wegzukriegen als zum Scheitern verurteilt sah. Nach längerem Streits trennte sich die KP dann offiziell im Juli 1997 vom Frente, da dessen Militante nicht an das Aufgeben der bewaffneten Option dachten. Die KP setzte fortan wieder auf die Möglichkeit Wahlen zu erreichen und sich daran zu beteiligen, was sie in der Folge auch tat. Auch nach 1989/90 mit der 1. Concertacion-Regierung liebäugelte die KP bis heute sich an der Regierungskoalition zu beteiligen. Die KP hat nach wie vor die Analyse durch die Beteiligung an der formellen Macht könnte die Verfassung und eben die Demokratisierung von Innen her erreicht werden. Für die KP war die Strategie des bewaffnete Kampf limitiert auf die Beseitigung der Diktatur.

Der Frente sah im Gegensatz zur KP den bewaffneten Kampf als Strategie der Machtergreifung durch das Volk. Der Frente führte seine Aktionen fort, machte Sabotageaktionen und versuchte vier kleinere Ortschaften zu besetzen. Das Attentat auf den am Putsch und der 4er Junta beteiligten Generals Leigh schlug fehl, er überlebte, wenn auch schwer verletzt. 1991 erschoss der Frente das eigentliche Gehirn der Diktatur, Jaime Guzman, welcher die Verfassung von 1980, mit ihren Folgen bis heute, wesentlich mit ausgearbeitet hatte. Der Frente rief zum Boykott des Plebizits von 1988 auf, da sie glaubten das Regime werde wie 1980 sowieso alles zu seinen Gunsten manipulieren. Das war eine Fehleinschätzung. Die Umgestaltung, um sich nach aussen besser zu präsentieren war voll im Gange. Nicht dass die Militärs Freude hatten die formelle Macht presizugeben, aber auf längere Zeit liess es sich so besser wirtschaften, als umgekehrt. Der Frente machte auch nach 1990 mit Aktionen weiter, da sie richtigerweise sagten, dass die grundlegende Veränderung nicht passierte, die Verfassung nicht demokratisch ist und die Militärs faktisch immer noch das Geschehen in Chile kontrollieren.

Eine der spektakulärsten Aktionen des Frente war die Flucht von über 50 Gefangenen .aus einem Gefängnis in Santiago im Januar 1990. Da der Frente sah, dass auch nach der Übergabe der formellen Macht in die Händedes Christdemokraten Patricio Alwyn und der ersten Regierung der Concertacion nur ein Teil der politischen Gefangenen freikommen würde, grub eine Gruppe des Frente einen über 60m langen Tunnel im Gefängnis bis in die Freiheit. Die letzte grosse dieser Aktionen war die Befreiung der vier Genossen des Frentes per Helikopter aus dem Hochsicherheitsgefängnis CAS Ende 1996, wo auch Patricio Ortiz rausgeholt wurde. Bis heute sitzen immer noch 89 politische Gefangene Frauen und Männern in den Hochsicherheitsgefägnissen Chiles

Nach 1992 begann innerhalb des Frente ein Diskussions- und Reflektionsprozess der bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Der Frente setzt im Moment die Priorität nicht auf den bewaffneten Kampf, sondern in den stärkeren Austausch und Aufbau der Basisorganisationen in den Stadtteilen, Unis, Fabriken und auf dem Lande. Sie sagen, aber auch, dass sie politisch-militärische Aktionen nicht ausschliessen, wenn diese in dieser Phase des Kampfes nötig werden sollten.

db & bg



aus: megafon Zeitung aus der Reithalle Bern Nr. 203 September 1998

Eine kapitalistische Revolution

Chile 25 Jahre nach dem Militärputsch

von **Wigbert Flock**

► Kann der Militärputsch in Chile vor 25 Jahren heute noch einen Kommentar wert sein? Ja, denn unter einer internationalistischen Perspektive ist das Kapitel Chile historisch besonders interessant, um das Funktionieren des globalisierten Kapitalismus zu verstehen. Der 25. Jahrestag des Militärputsches erinnert daran, daß zu Beginn der 70er Jahre in Chile eine wesentliche ideologische Basis für die heutige Hegemonie des Neoliberalismus begründet wurde. Und dies gilt nicht nur für die lateinamerikanischen Gesellschaften oder später die osteuropäischen Staaten – neoliberale Rezepturen beherrschen bekanntermaßen auch die bundesdeutsche Diskussion um die Globalisierung.

Das heute in aller Welt gepriesene »Modell« Chile ist nichts anderes als das Produkt einer Allianz aus Militärs, neoliberalen Intellektuellen und nationalen bzw. transnationalen Unternehmern. Eine Analyse dieses Zustandes muß in den Jahren 1970 bis 1973 ansetzen. Damals führte die Unidad Popular unter dem marxistischen Präsidenten Salvador Allende einen sozialistischen Transformationsprozeß an, dessen Zustandekommen keineswegs eine geschichtliche Zufälligkeit darstellt, sondern als Kulminationspunkt einer gesamten demokratischen Entwicklung und als Folge von sozialen Kämpfen zu sehen ist. Diese gesellschaftspolitisch sehr dynamische Phase vollzog sich innerhalb der Bedingungen einer bürgerlichen Verfassung und wurde in Chile als »Weg zum Sozialismus« begriffen bzw. im Ausland als »sozialistisches Experiment« heftigst diskutiert.

Am 11. September 1973 fand die Unidad Popular ihr blutiges Ende durch die Pinochet-Diktatur, die erst 17 Jahre später institutionell überwunden werden sollte. Mit dem Putsch ging es den Uniformierten nicht um die zügige Wiederherstellung der alten Ordnung. Vielmehr richteten sie sich als dauerhaftes Regime ein und übertrugen die wirtschaftspolitischen Kompetenzen an junge chilenische Technokraten, die bei Milton Friedman dessen neoliberale Theorien studiert hatten. Sie fanden in Chile ein optimal bereitetes Praxisfeld vor: demokratische Parteien und gewerkschaftliche Organisationen waren zerschlagen worden, öffentliche Räume standen unter militärischer Kontrolle. In dieser Situation setzten die Chicago-Boys ihre neoliberalen Laborversuche an: Deregulierung des Kapitalmarktes, Abbau von Schutzzöllen und Streichung von Subventionen zogen eine immens große Menge ausländischen Kapitals an, führten jedoch zum Zusammenbruch ganzer Industriezweige.

Diese Zäsur initiierte gesellschaftliche Wandlungsprozesse, die im Kern eine kapitalistische Revolution bedeuteten. Eine solche Revolution, und das ist das Entscheidende, konnte allein von den politisch »neutralen« Militärs vorbereitet werden, denn auch die alte Rechte besaß damals keine Antwort auf die beschleunigte Globalisierungsdynamik des Kapitals und die Krise des auf Importsubstitution basierenden nationalen Entwicklungsmodells. In der Folge einer einschneidenden Wirtschaftskrise und eines wachsenden Legitimitätsverlustes der Militärs aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen flossen ab Mitte der 80er Jahre verschiedene partikuläre Widerstandsformen zu einer breiten Protestbewegung zusammen. Diese brachte die Diktatur ins Wanken, doch Pinochet fiel nicht. Zu schnell schwenkte der bürgerliche Teil der Opposition, wohl auf freundschaftliches Anraten der USA und anderer Staaten, auf eine Strategie des verhandelten Übergangs ein. Zwar wurden dadurch schwerwiegende Erblasten (beispielsweise die Gültigkeit der Pinochet-Verfassung von 1980) in Kauf genommen, doch immerhin konnten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattfinden, aus denen im Dezember 1989 die Concertación, ein Regierungsbündnis aus 17 demokratischen Parteien, als Siegerin hervorging.

Das Zauberwort des Modells Chile heißt Modernisierung

Wie die erste zivile Regierung unter Patricio Aylwin (1990-1994) repräsentiert auch Eduardo Frei (seit 1994) heute eine Administration, die sich programmatisch an das von der CEPAL, der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika, Ende der 80er Jahre entwickelte Leitbild »Wachstum mit Gleichheit« anlehnt, was die um eine soziale Dimension angereicherte Fortsetzung des Wachstumsmodells der Militärs meint. Das über aller Kritik stehende Zauberwort des »Modells Chile« heißt »Modernisierung« und meint in der Vorstellung der Entwicklungstechnokraten die Bündelung von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Prozessen, sprich: gleichzeitige ökonomische Flexibilisierung, Konsolidierung der politischen Demokratie und Bekämpfung der Armut.

Gemessen an realen Ergebnissen fällt die Bewertung jedoch sehr negativ aus. Zwar ist das Wirtschaftswachstum weiterhin ungebrochen, doch wird die internationale Konkurrenzfähigkeit durch sich vertiefende soziale Ungleichheiten und schärfere soziale Ausschlußmechanismen sowie die irreversible Zerstörung natürlicher Ressourcen erzeugt, wobei das »Modell« Chile innenpolitisch auf soziale Disziplinierungsmaßnahmen zurückgreift. Ein Beispiel dafür wird auch der diesjährige 11. September sein, der immer noch offizieller Feiertag ist! Wenn Staatspräsident Frei wieder gemeinsam mit Pinochet, der mittlerweile einen Posten als Senator auf Lebenszeit bekleidet, die Militärparade im Zentrum Santiagos abnimmt, dann bedeutet diese Symbolik: Unsere moderne Demokratie braucht die Militärs, sie garantieren die gesellschaftliche Ordnung.

Aber das »Modell« provoziert auch gesellschaftliche Proteste. Nach acht Jahren defizitärer Demokratie und enttäuschter sozialer Erwartungen formieren sich neue Widerstände. Bundesdeutsche Linke können in Chile potentielle Bündnispartner/innen im Kampf gegen neoliberale Politiken entdecken. Es ist einen Versuch wert, auf der Grundlage unterschiedlicher Erfahrungen gemeinsame analytische Ausgangspunkte zu finden, um die Auseinandersetzungen in bezug auf Globalisierung, Sozialabbau, Merkantilisierung sozialer Beziehungen und ökologische Krise neu zu beleuchten.

► **Wigbert Flock** ist Mitarbeiter am Institut für Theologie und Politik in Münster und bei der Zeitschrift *Solidaridad*.

aus: Blätter des Iz3W Nr. 231 August 1998

Straßenschlachten zum Jahrestag des Putsches

■ Chiles Exdiktator Augusto Pinochet behauptet, er habe sich nichts vorzuwerfen

Buenos Aires (taz) – Drei Tote, 319 Festgenommene und 77 Verletzte, so lautet die finstere Bilanz des 25. Jahrestages des Militärputsches am vergangenen Freitag in Santiago de Chile. Nach Angaben des Bürgermeisters der chilenischen Hauptstadt sind unter den Festgenommenen 102 Minderjährige. Es waren die schwersten Straßenschlachten in der Geschichte des Landes seit dessen Rückkehr zur Demokratie vor acht Jahren.

Kritik an dem harten Durchgreifen der Sicherheitskräfte kam diesmal nicht nur von Menschenrechtsorganisationen, sondern auch von dem der Regierungskoalition angehörenden Senator, Jaime Gazmuri. Er sagte, daß Santiago de Chile am Putschjahrestag einer militarisierten Stadt geglichen habe.

Am Freitag lieferten sich den ganzen Tag über Gegner des Exdiktators Augusto Pinochet und Polizisten in der Stadt schwere Straßenschlachten. Nur drei Blocks von dem Präsidentenpalast La Moneda im Zentrum von Santiago flogen Steine und Molotowcocktails in Richtung Polizei, die mit Tränengas und Wasserwerfern zurückschoß. Die Pinochet-Gegner, angeführt von der Kommunistischen Partei Chiles und Menschenrechtsgruppen, wollten an dem Ort, an dem Präsident Salvador Allende vor 25 Jahren ums Leben kam, dem demokratischen Sozialisten gedenken. Die Regierung hatte das aber bereits Tage zuvor untersagt.

Die Polizei ging mit ungewöhnlicher Härte gegen die Demonstranten vor und setzte Tränengas und Hubschrauber gegen sie ein. Auf dem Zentralfriedhof von Santiago, wo der Leichnam Allendes beerdigt ist, ging es mit den Auseinandersetzungen weiter. Zahlreiche friedliche Demonstranten gelangten überhaupt nicht bis zum Friedhof, weil die Polizei das Gebiet weiträumig abgeriegelt hatte. In der Nacht von Freitag auf Samstag wurden schließlich Polizeikasernen beschossen und zahlreiche Geschäfte geplündert. Die Stromversorgung der Hauptstadt Santiago war an 22 Stellen unterbrochen.

Die Regierung gedachte des Putsches mit einer Messe in der Kapelle des Regierungspalastes, an der zwar der Innenminister Raúl Troncoso teilnahm, allerdings nicht Präsident Eduardo Frei. In Anspielung auf Pinochet sagte Kaplan Miguel Ortéga dort in seiner Predigt, „nur der Stolze und der Feigling glauben, daß sie sich niemals geirrt haben oder sich demütigen würden, wenn sie um Verzeihung bäten".

In den vergangenen Tagen hatte Pinochet mehrmals wiederholt, er habe sich persönlich nichts vorzuwerfen. „Warum sollte ich um Entschuldigung bitten?" sagte er in einem Interview und fragte weiter, ob ermordete Diktaturgegner sich bei den „Müttern getöteter Soldaten entschuldigt" hätten. Über das Schicksal der im Lauf seiner Diktatur insgesamt 3.200 Verschwundenen im Zeitraum zwischen den Jahren 1973 und 1990 wisse er nichts und gab an: „Es gibt niemanden, der das weiß. Ich weiß auch nicht, wo sie sind."

Währenddessen hat ein Gericht in Santiago erstmals entschieden, gegen Pinochet zu ermitteln und damit an seiner Immunität zu rütteln. Das oberste Verfassungsgericht entschied, das Verfahren wegen des Verschwindens eines Arbeiters wieder aufzurollen. Das Gericht stellte fest, daß in Chile nach dem Putsch 1973 Krieg geherrscht habe und die Putschisten internationale Konventionen ignoriert hätten.

Am Freitag traf sich Augusto Pinochet mit alten Kameraden zu einer privaten Messe in der Militärschule. Er feierte einmal mehr die Rettung des Vaterlandes vor dem Kommunismus.

aus: TAZ vom 14.9.98

WIEDERHOLTE POLIZEIREPRESSION IN GENF

Am Dienstag, den 9. September 1998 um acht Uhr morgens kam es in Genf zu Hausdurchsuchungen. Betroffen waren SympathisantInnen von „Peoples Global Action" (PGA), der weltweiten Aktion gegen den „Frei"handel und die Welthandelsorganisation (WTO).

Peoples' Global Action hatte im Mai dieses Jahres während der WTO-Konferenz in Genf internationale Proteste koordiniert, die in etwa 35 Städten in verschiedenen Ländern auf allen fünf Kontinenten stattfanden, beispielsweise in Montreal, Brasilia, Birmingham, Prag, Hyderabad, Sydney, usw.

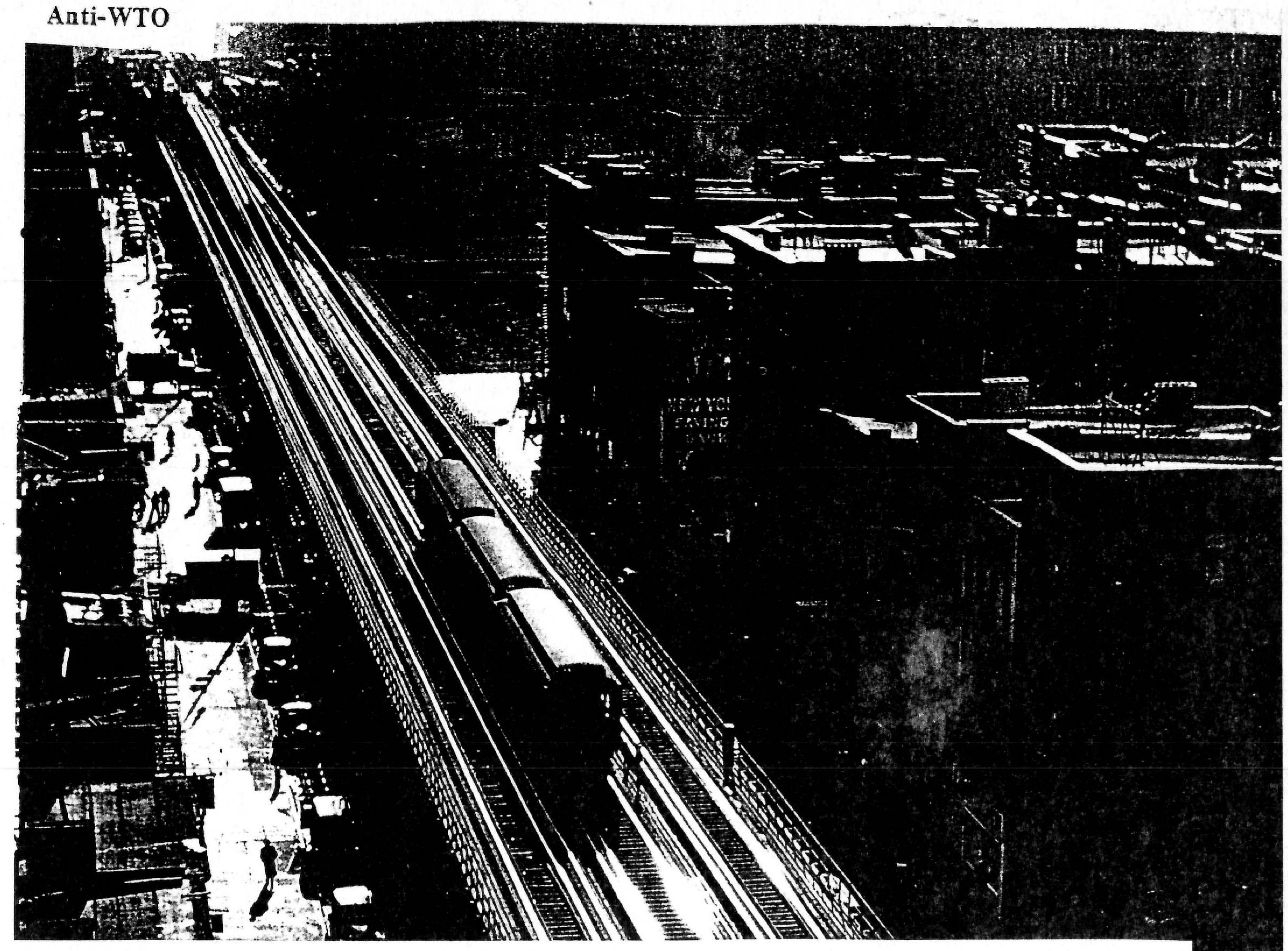
Sechs Personen wurden in Polizeigewahrsam gebracht, fünf von ihnen wurden etwa fünf Stunden festgehalten, der eine erst nach acht Stunden freigelassen. Einer wurde anschließend zum Flughafen eskortiert. Die AktivistInnen wurden über PGA verhört, über die Rolle von PGA bei den Krawallen im Mai 1998 in Genf und bei der Verhinderung derselben. Auch das Büro des „Institut Argent et Societe" (IAS), das im Mai 1998 während den Aktionen gegen die Welthandelsorganisation (WTO) als Pressebüro von PGA diente, wurde durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte sieben Computer, über 100 Disketten, mehrere Adreßbücher sowie eine riesige Menge an Dokumentationsmaterial.

Erst Ende August war es in Genf bereits zu einer polizeilichen Razzia gegen PGA-SympathisantInnen gekommen. Die Polizei hielt 50 TeilnehmerInnen eines Seminars zum Thema „Globalisierung und Widerstand" fest, durchsuchte deren Zelte sowie ein besetztes Haus in Cologny, einem Vorort von Genf.

Die Genfer Polizei scheint sehr ängstlich zu sein, angesichts einer Ankündigung von Protesten gegen den „Geneva Business Dialogue" am 23./24. September 1998, einem Dialog zwischen Konzernen wie Nestlé und dem UNO-Generalsekretär Kofi Anaan sowie weiteren UNO-Funktionären, der von der Internationalen Handelskammer organisiert wird.

Die Polizei versucht offenbar, jegliche Ansätze von PGA von vorneherein zu kriminalisieren. PGA ist jedoch keine Organisation mit Mitgliedschaft, hat kein Zentralsekretariat sondern ist ein Netzwerk von Kämpfen und Aktionen in verschiedenen Ländern. Das Koordinierungskomitee von PGA besteht aus Delegierten aus fünf Kontinenten.

la lucha sigue!



Neues von den Anti-WTO-Karawane-Prozessen

In den Tagen der Proteste gegen die WTO-Ministerkonferenz in Genf im vergangenen Mai lief auch im Infoladen in Basel das Telefon heiss. Nach den Verhaftungen von Hunderten von DemonstrantInnen ging es darum, die Identität der Gefangenen festzustellen, um ihnen helfen zu können, da ihnen selbst das Telefonieren verboten war.

Was die Auflösung der Karawane in Oberwangen BE und die anschliessenden Ausschaffungen aller AusländerInnen angeht, so stehen wir nach wie vor in Kontakt mit unseren zwei Anwälten. In der Zwischenzeit konnte herausgefunden werden, dass die Einreisesperren für zwei Jahre, die alle Nicht-SchweizerInnen verhängt kriegten, gar nie beim betreffenden Bundesamt in Bern eingegangen sind. Sie haben sich somit als rechtlich nicht haltbaren Bluff der Polizei erwiesen, nicht so die 4-jährige Einreisesperre, die gegen eine Frau von der Karawane in Genf verhängt wurde. In Sachen der angeblichen Sachbeschädigung und Landfriedensbruch am Frauenknast in Hindelbank wurden bereits mehr als die Hälfte der Leute verurteilt. Die Strafen liegen bis jetzt zwischen 10 und 15 Tagen bedingter Haft sowie 120 und 150 Franken „Gebühr". Gegen diese Strafen haben wir Rekurs eingelegt, die alle noch am laufen sind. Im Fall eines „Täters" unter 18 wurde das Verfahren mittlerweile eingestellt, weil die überaus phantasievollen Anschuldigungen des Richters Leibundgut von Burgdorf nicht beweisbar waren.

Es ist wichtig, diese Zustände an die Oeffentlichkeit zu bringen. Was wir aber dafür und für das ganze juristische Zeug brauchen ist, natürlich, Geld. Wir sind froh um jede Spende. Benützt bitte den beiliegenden Einzahlungsschein mit dem Vermerk „WTO".

Widerstandskongreß gegen den EU-Gipfel 1999 in Köln

Positionspapier der *LiRa* (Bündnis Linker und Radikaldemokratischer Hochschulgruppen) vom 22./23.8.1998

Hegemoniestreben des deutschen Kapitals

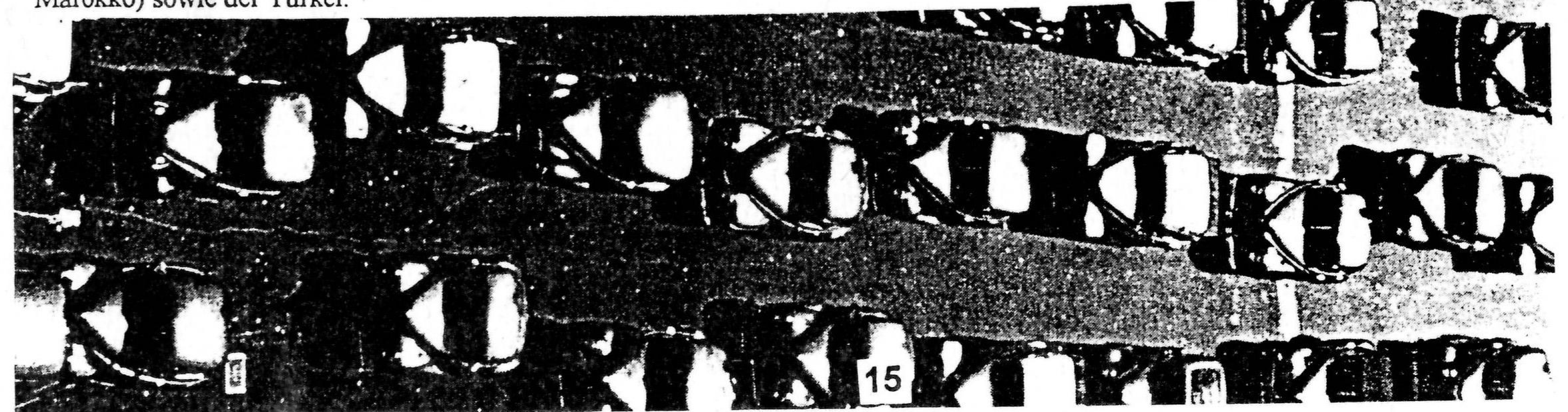
Seit einem Jahrhundert ist die Vorherrschaft in Europa das Ziel des deutschen Imperialismus. Er hat sich dafür unterschiedlicher Methoden bedient: politischer Druck, ökonomische Herrschaft, Annexionen, Eroberungskriege. Was militärisch zweimal scheiterte, erreicht der deutsche Imperialismus nun im dritten Anlauf mit seiner wirtschaftlichen Stärke innerhalb der Europäischen Union (EU) und gegenüber Osteuropa.

Die BRD begann nach der Niederlage des Faschismus als Juniorpartner der USA und im westeuropäischen Verbund (EG, WEU, Euratom usw.). Nur als Teil des antikommunistischen Blocks konnte die BRD die Remilitarisierung betreiben und erfolglos versuchen, in den Besitz von Atomwaffen zu kommen. Dies war die einzige realistische Möglichkeit, die Folgen der Niederlage des deutschen Faschismus und den Verlust der traditionellen deutschen Einflußzonen in Osteuropa schleichend rückgängig zu machen.
Die BRD kann ihr Hegemoniestreben seit dem 4+2-Vertrag innerhalb der EU eigenständiger und offensiver verfolgen, was bereits auf eigene Faust angezettelte Kriege (Abtrennung von Kroatien) mit einschließt. Dagegen steht die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus und an die Kontinuitäten des imperialistischen Sonderwegs Deutschlands und des deutschen völkischen Nationalismus

Erscheinungform innerimperialistischer Konkurrenz: Regionale Wirtschaftsräume

Seit Anfang der achtziger Jahre suchen die Konzerne neue Verwertungsmöglichkeiten, die auf grundlegend neuen Technologien basieren, etwa durch Kommunikations- und Gentechnologie. Genau wie die Atomenergie (Atomspaltung und Atomfusion), Rüstung, Luft- und Raumfahrt sind sie sehr kapitalintensiv. Der Aufwand für Forschung und Entwicklung und der Kampf auf dem Weltmarkt verlangen staatliche Hilfe und Kooperation. Neue Konzerne entstehen, die global kooperieren und sich gegen die japanische und US-amerikanische Konkurrenz durchsetzen können (z.B. Lufthansa, SAS u.a.) oder die für bestimmte Aufgaben strategische Allianzen eingehen, wie etwa IBM, Siemens und Toshiba für die Entwicklung einer neuen Chipgeneration. Nur ein halbes Dutzend Konzerne mit eigener Systementwicklung können pro Branche auf dem Weltmarkt überleben.
Die bevorzugten Investitionsstandorte liegen in (West-)Europa, Nordamerika und Süd- bzw. Südostasien. 90% des Welthandels und der Warenströme sind nach wie vor innerhalb dieser Triade konzentriert. Ökonomischer Einfluß wird trotz angeblicher „Globalisierung" nicht gleichmäßiger verteilt, sondern die hierarchische Arbeitsteilung und Ausbeutung wird entlang des bestehenden Machtgefälles zwischen kapitalistischer Peripherie und Metropolen intensiviert.
Als Rahmen für seine Strategie bildet das Kapital regionale Großwirtschaftsräume. Freihandelszonen sollen Hindernisse für Waren- und Kapitalströme zwischen den Staaten in diesen Räumen beseitigen. Das bringt dem in diesen Zonen jeweils stärksten national verwurzelten und international tätigen Kapitalen maximalen Profit und verursacht vor allem in den ökonomisch schwächeren Staaten verschärfte Ausbeutung und Armut.
Freihandelszonen wie die EU oder die NAFTA - mit den USA als Zentrum - sind „Grundpfeiler einer neuen Weltordnung" (Jacques Attali, Chef der Europäischen Entwicklungsbank). Der europäische Binnenmarkt und die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) bilden die Etappen auf dem Weg zu einem europäischen Bundesstaat; die EU-Kommission ist die Vorstufe einer diktatorischen Zentralregierung.

Spätestens seit der EG-Erweiterung 1971 war ein europäischer Großwirtschaftsraum, d.h. EU plus eine Kette abhängiger Staaten, wieder das erklärte Ziel europäischer imperialistischer Politik. Zum politisch-ökonomischen und militärischen Zentrum unter Führung von BRD und Frankreich gehören die Benelux-Staaten, Italien und die skandinavischen Länder. Den zweiten Ring bilden die übrigen EU-Staaten. Als verlängerte Werkbank,, als Absatzmärkte, aus geostrategischen Interessen und als Auffanggürtel für Flüchtlinge umgibt sich diese Festung Europa mit einem Vorfeld assoziierter, z.T. durch EU-Politik zerlegter Staaten in Osteuropa (z.B. Tschechische Republik, Slowenien/Kroatien) und Nordafrika (z.B. Marokko) sowie der Türkei.



Innerhalb des Binnenmarktes können die Konzerne unbeschränkt mit Kapital, Waren und Dienstleistungen operieren. Diese Freiheit des Kapitals bedeutet Unfreiheit für die Mehrzahl der Menschen. Sie müssen bereit sein, ihre Arbeitskraft überall in der EU zu Markte zu tragen, sofern sie überhaupt gebraucht werden. Anderfalls haben sie die „Freiheit" zu verelenden. Auf der Strecke blieben Erwerbslose und Behinderte sowie – aufgrund der patriarchal-kapitalistischen Arbeitsteilung – Frauen.

Polarisierte Neuzusammensetzung von Kapital und Arbeit

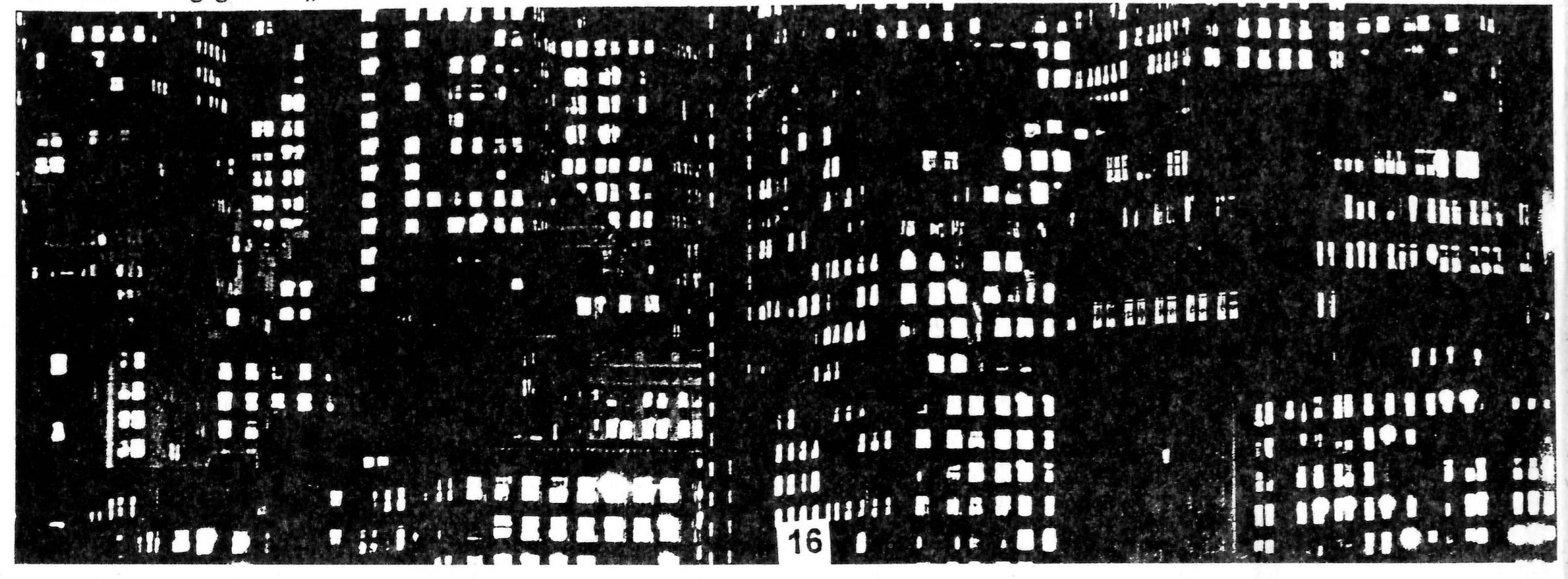
Zur „Förderung der internationen Wettbewerbsfähigkeit" (Vertrag von Maastricht) wird die Wirtschaft umstrukturiert: Der Konzentrationsprozeß von Banken und Versicherungen, bei der Mikroelektronik, in der Luftfahrt- und Automobilindustrie, die Quoten bei Stahl, im Bergbau und bei den Werften bedeuten massenhafte Erwerbslosigkeit.
Auch der konkrete Produktionsprozeß wird umstrukturiert: Stammbelegschaften mit tariflich abgesicherten Arbeitsverhältnissen gibt es tendenziell nur noch in den Kernbereichen der Produktion sowie in der Forschung und Entwicklung. Die ausgelagerten Bereiche sind verschärftem Konkurrenzdruck ausgesetzt, abhängig vom Bedarf der Konzerne. Tariflich fixierte Löhne und Arbeitszeiten gibt es dort ebensowenig wie für die wachsende Zahl von Schein-Selbständigen und HeimarbeiterInnen. Innerhalb der EU sind gegenwärtig mehr als 50 Mio. Menschen erwerbslos, zwischen 100 und 150 Mio. Menschen leben in Armut (darunter ein hoher Anteil von Kindern).

Slums und Ghettos, Obdachlosensiedlungen und Straßenkinder gibt es auch in europäischen Städten. Die in der BRD verschärfte Möglichkeit, Erwerbslose zur Zwangsarbeit bei Hungerlöhnen heranzuziehen und die Ausweitung der illegalen Beschäftigung für rechtlose ImmigrantInnen macht klar, daß es um einen umfassenden Abbau von Sozialleistungen geht und darum, Menschen zu disziplinieren und verstärkt auszubeuten. Der moderne Kapitalismus kombiniert *high-tech* mit den Ausbeutungsbedingungen des 19. Jahrhunderts.

Die Produktivitätsmaßstäbe orientieren sich am kapitalistischen Weltmarkt und an der durch die „härteste" Währung vorgegebenen Ausbeutungsintensität, also an der DM. Die bundesdeutschen Maßstäbe werden über die Euro-Einführung zur allgemeinen Meßlatte der Rentabilität und Produktivität der Warenproduktion. Das bedeutet für viele Regionen in Europa das Aus, die Deindustrialisierung und Verelendung. Ausbeutung und Arbeitshetze werden verschärft, die Reallöhne sinken, millionenfache Praxis sind Arbeitsbedingungen außerhalb des Tarifrechts und zu Hungerlöhnen illegal beschäftigte Flüchtlinge und MigrantInnen auf dem Bau, in der Textilindustrie, der Landwirtschaft und Gastronomie.

Selektion und Verwertung der „Lästigkeitsfaktoren" (Dürener Urteil)

Menschen, deren Arbeitskraft nicht vom Kapital verwertet werden kann, sollen ruhiggestellt oder gar vernichtet werden. Die bürgerliche Gesellschaft soll zu einer Gesellschaft von „Gesunden" und Leistungsfähigen werden; Krankheit wird als eine Fehlfunktion behandelt, die mitsamt ihrer TrägerInnen zu beseitigen ist.
Als erste ins Visier geraten Behinderte, Alte und Kranke: Mörderische BioethikerInnen diskutieren in der Tradition der faschistischen Rassenhygiene über „lebenswertes" Leben. In den Niederlanden ist die sogenannte freiwillige Euthanasie bereits straffrei. In der modernen Transplantationsmedizin werden Kranke (Beispiel) oder von intensivmedizinischer Betreuung abhängige Opfer des Straßenverkehrs als Organbehälter angesehen, die „abzuernten" sind und die den Rohstoff liefern für den lukrativen Organhandel und Handel mit dem menschlichem Körper.
Mit dem geplanten Inkrafttreten der europäischen „Bioethik-Konvention" bzw. „Biomedizin-Konvention" und der mit Debatte um die Feststellung des Todeszeitpunktes eines Menschen („Hirntod-Debatte") wurden politische Weichen gestellt. Es geht um die Bestimmung einer qualitativen Bevölkerungszusammensetzung nach den Vorstellungen von Kapital und Staat - und damit um Euthanasie und Bevölkerungsauslese.
Dagegen gibt es internationalen und punktuell erfolgreichen Widerstand: z.B. gegen die Ratifizierung der „europäischen Bioethik-Konvention", gegen Euthanasiepropaganda a la Peter Singer, Norbert Hoerster (Uni Mainz) etc. und zuletzt in der BRD gegen das „Düren-Urteil".



EU heißt forcierte Naturzerstörung

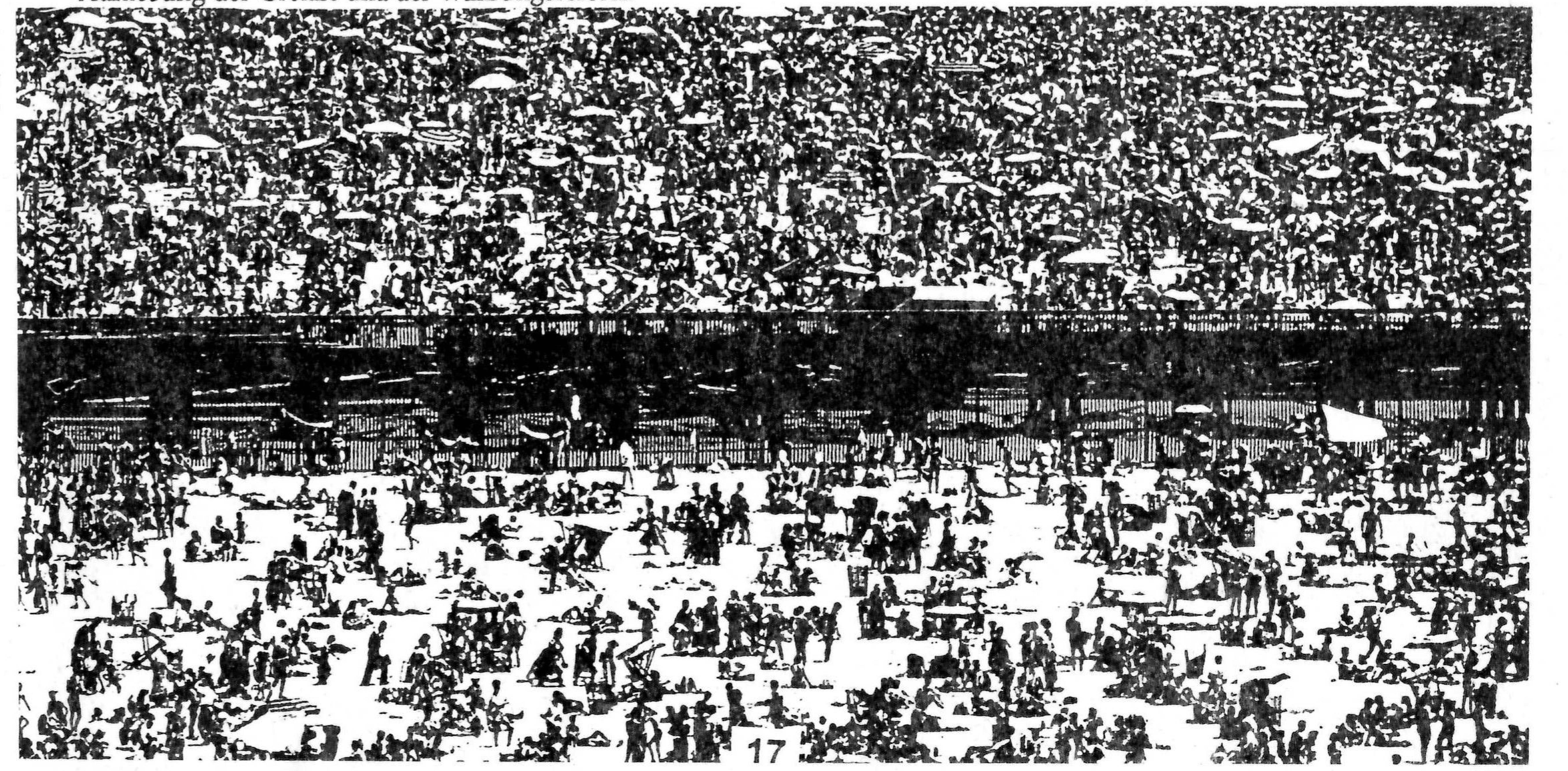
EU-Gelder finanzieren den Einbau angeblicher Sicherheitstechnologien in osteuropäischen Atomkraftwerken ebenso wie den neuen Europäischen Druckwasserreaktor (EPR) von Framatome und Siemens, der in den nächsten 10 Jahren eine Renaissance der europäischen Atomenergieproduktion initiieren soll. Inzwischen wird durch europäische Arbeitsteilung der strahlende Müll aus den laufenden AKWs in der Nordsee und irischen See verteilt...

Ebenfalls bis nach der Jahrtausendwende will die EU-Kommission für rund 250 Mrd. DM weitere 12.000 km Autobahn bauen lassen, überwiegend gebührenpflichtig und von privaten Unternehmen betrieben. Die EU will den Vorrang von Autos statt Eisenbahnen, trotz jährlich zehntausenden von Verkehrstoten. Damit steht die EU für Energieverschwendung und Lärm, für Landschaftsversiegelung und Vergiftung von Luft, Boden und Wasser. Wird in die Bahn investiert, dann in superschnelle und superteure Züge wie den ICE und den TGV (Ausbau eines „Transeuropäischen Netzwerkes" zwischen den großen europäischen Städten von Hochgeschwindigkeitszügen mit business-class).
Europaweit findet eine Konzentration der Fluggesellschaften und Flughäfen statt, um die extrem umweltschädlichen Luftverkehrskapazitäten auszuweiten. Trotz z.T. heftigen Widerstands werden neue Großflughäfen gebaut, z.B. in Athen mit 750 Mio. DM EU-Subventionen (Konsortiumsführer: Hochtief), aber auch in der BRD (geplanter Startbahnneubau in Frankfurt, Neubau Berlin-Schönefeld).

Ökologisch zerstörerisch ist auch die EU-Agrarpolitik. Gefördert werden die kapitalintensive, durchindustrialisierte Landwirtschaft und gentechnologische Tier- und Pflanzenzüchtungen. Mit dem sogenannten „vereinfachten Verfahren" der EU müssen Versuche mit gentechnisch manipulierten Pflanzen nur noch an einer Stelle genehmigt werden. Zudem hat das EP mit großer Mehrheit die Patentierung von Lebewesen zugelassen, einschließlich menschlicher Zellen und Gene. Die Gentechnik birgt nicht nur völlig unkontrollierbare Risiken durch neuartige, sich selbst vermehrende genmanipulierte Organismen.
Die Gewinner der gefährlichen Intensivierung der industriellen Landwirtschaft sind - schon allein durch die EU-Subventionspolitik - Agrofabriken in Norddeutschland, Großbritannien, in den Niederlanden und in Dänemark. Rund 50% des EU-Agrarhaushaltes streichen Großhändler, Nahrungsmittelindustrie und Lagerhausgesellschaften ein, rund 40% fließen an 20% der landwirtschaftlichen Betriebe. Das EU-weite „Bauernsterben" trifft vor allem KleinbäuerInnen.
Mit Dumpingpreisen startete die EG auf dem Weltmarkt eine Agraroffensive mit Getreide, Rindfleisch und Molkereiprodukten, die sich gegen US-Exporteure richtete. Ab 1991 war die EG mit 46,7 Mrd, $ größter Exporteur landwirtschaftlicher Erzeugnisse: Europäisches Milchpulver in Indien oder minderwertiges, aber billiges Rindfleisch in Westafrika verdrängten die einheimischen ProduzentInnen und mit ihnen auch ökologisch angepasstere Formen der Bewirtschaftung.

D-Mark heißt demnächst Euro

Das deutsche Kapital hat gegenüber den EU-Konkurrenten die größte Wachstumsdynamik. Ein Viertel des Inlandsprodukts der EU produziert die BRD. 28% des Außenhandels wickeln deutsche Firmen innerhalb der EU ab. Von dort stammen 60% des Handelsbilanzüberschusses.
Gleiche Bedingungen durch eine einheitliche Währung sind für ökonomsich Schwächere von Nachteil. Verzichtet ein nationales Kapital darauf, seine gegenüber imperialistischen Konkurrenten geringere Produktivität mit Hilfe von Wechselkursen etc. auszugleichen, vertieft sich das ökonomische und soziale Ungleichgewicht. Bestes Beispiel für die Auswirkungen des abrupten Wegfalls von Währungsgsgrenzen ist der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft nach Aufhebung der Grenze und der Währungsreform



Die Währungsunion garantiert ungeschmälerten Transfer von Kapital und Profit und schwächt gewerkschaftliche Interessenvertretung und Klassenkämpfe. „Optimal ist ein Währungsraum, der ... möglichst mehrfach größer ist als der Raum, für den sich ein wirksames Lohnkartell etablieren läßt", heißt es in einer Veröffentlichung der Bundesbank. Nationalstaatlich begrenzte Gewerkschaftspolitik kann da, wo sie nicht schon von den offiziellen Gewerkschaften zugunsten einer chauvinistischen Interessenvertretung der deutschen LohnarbeiterInnen geopfert worden ist, durch den europaweiten Spielraum des Kapitals noch besser ausmanövriert werden.
Die DM als stärkste Währung und der darauf basiende Euro sind Waffen, die Verelendung produzieren. Um die Geldmenge stabil zu halten und eine Abwertung des Euro zu verhindern wurden vor allem in Südeuropa die öffentlichen Ausgaben reduziert: Streichung von Sozialleistungen und Subventionen, Kürzung der Reallöhne, hohe Zinsen, Liquidierung weniger produktiver Betriebe und Privatisierungen (z.B. Post, aktuell, griechische Fluglinie). In Griechenland, Italien und Frankreich leisteten die ArbeiterInnen mit Streiks und Demonstrationen Widerstand.

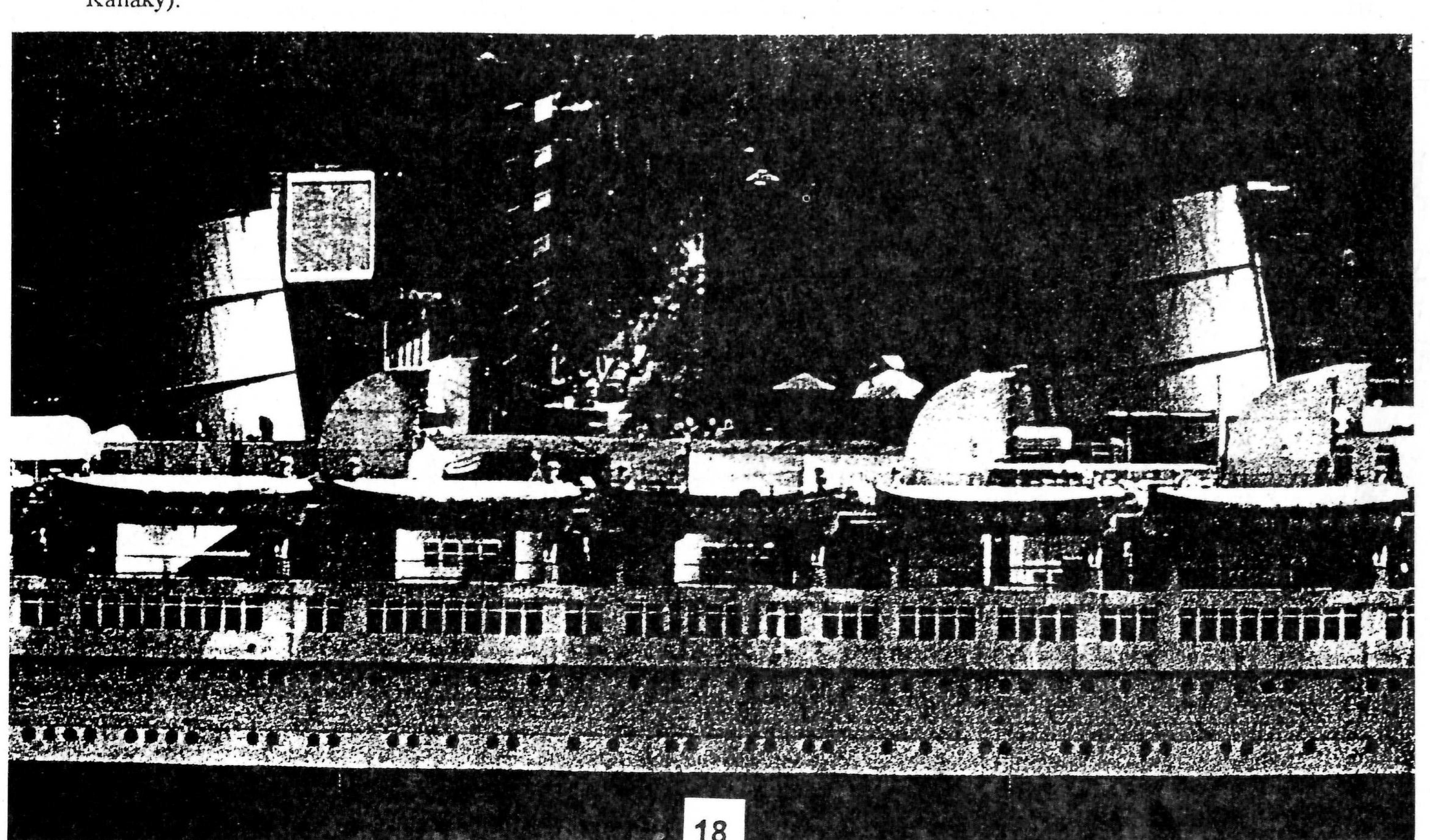
Kontinuität von Kolonialismus und Imperialismus

Die Entwicklung und der Vorsprung des europäischen Kapitals beruhen auf mehr als 500 Jahren kolonialer Ausbeutung, Naturzerstörung und Terror in Asien, Afrika und Lateinamerika.

Die EG unterstützte von Beginn an den Kampf der Kolonialherren gegen Befreiungsbewegungen, u.a. den französischen Krieg in Algerien, die britischen Todesschwadronen in Nordirland und den Folterkönig Hassan von Marokko gegen die Polisario. Dort, wo sich Länder aus dem EU-Zusammenhang herauszulösen drohten, reagierte die EG/EU erfolgreich mit militärischem und ökonomischem Druck und - wie z.B. im revolutionären Portugal nach der „Nelkenrevolution" - mit konterrevolutionären Einmischungen via bundesdeutscher Sozialdemokratie.

Die EU hat dafür gesorgt, daß es auch nach der formalen Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien bei den alten Abhängigkeiten bleibt. Wie der internationale Währungsfonds (IWF), so erzwang die EG/EU in den Lomé-Abkommen mit den 70 AKP-Staaten (ehemalige Kolonien) die Sicherung von Rohstofflieferungen, eine weitere Öffnung der Märkte für europäisches Kapital und Waren, Privatisierung, Abbau von Sozialausgaben und Subventionen, Lohnkürzungen. Die Folge ist eine absolute Verelendung und Armut. Millionen Menschen starben und sterben an Hunger. Sie leiden an Mangel und haben keine oder nur eine schlechte medizinische Versorgung.

Den etwa 3 Mio. Menschen in den heute noch bestehenden europäischen Kolonien wird sogar die formale Unabhängigkeit verweigert: Die ökonomische und strategische Bedeutung ihrer Gebiete ist der Grund. Für den Agrarausschuß des EP sind die Kolonien ein „unbestreitbar geopolitischer Trumpf in der Hand".
Für die Militärmacht Europa ist ein eigenes Atomtestgelände ebenso unverzichtbar wie ein Startplatz für Raketen (EU-Weltraumbahnhof in Guyana, einer französischen Kolonie). Die französische Kolonialmacht hat mit ca. 160 Atomtests die polynesischen Inseln und die auf ihnen lebenden Menschen radioaktiv verseucht. Der Besitz dieser Kolonie verbürgt darüberhinaus den Zugriff auf riesige Meeresflächen von der Größe Westeuropas.
Wir sind solidarisch mit dem Kampf progressiver Unabhängigkeitsbewegungen in einigen EU-Kolonien (z.B. in Kanaky).



Rassismus und Nationalismus in der Festung Europa

Die „Festung Europa" wird gegen Flüchtlinge und MigrantInnen abgeschottet. Wer rein darf, bestimmen wie bisher schon bei den Nationalstaaten politische Opportunität und Arbeitskräftebedarf. Selektiert wird nach Geschlecht, Qualifikation, Arbeitsfähigkeit, Hautfarbe und Alter. Der Abbau erkämpfter Standards im Sozial- Arbeits- und Gesundheitsbereich trifft zuerst Flüchtlinge und MigrantInnen. Marginalisierte Gruppen werden gegeneinander ausgespielt.

Das Schengener Abkommen, seit Ende 1993 in Kraft, sorgt dafür, daß die Außengrenzen der EU verbarrikadiert sind. Flüchtlinge können nur noch in einem Mitgliedsland Asyl beantragen. Sie werden in Lagern interniert, die mit Mauern und NATO-Draht umzäunt sind und in denen hunderte Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht unter elenden Bedingungen hausen müssen. Sie werden in Flughäfen und in eigens für die Abschiebehaft gebauten Spezialgefängnissen (das größte: der rot-grüne Abschiebeknast in Büren) ihrer Freiheit beraubt und gedemütigt.
Die BRD ist eine treibende Kraft bei der Abschottung der EU-Außengrenzen: Sie forderte z.B. Italien auf, seine Grenzen zu schließen und die Kosovo-Flüchtlinge zurückzuweisen. Sie konnte ihre Asylverweigerungspolitik über die sogenannte Drittländerregelung europaweit exportieren. Sie zahlt „Ausstattungshilfe" für die Polizei benachbarter Länder (z.B. Polen), um Flüchtlinge bereits im Vorfeld abfangen zu lassen.

Deutsche Staatsangehörige profitieren in der Regel objektiv vom Imperialismus, weil sie zu jenem kleinen Teil der Menschheit gehören, dem ungeachtet aller sozialen Unterschiede und Herrschaftsverhältnisse Billiglöhne, Rohstoffraub und Profite des deutschen Kapitals aus Diktaturen eine relativ privilegierte Lebenssituation verschafft. Träger von Rassismus und Nationalismus sind sowohl Menschen „am Rande der Gesellschaft", als auch solche aus bürgerlichen Schichten, die weder in ihrem sozialen Status bedroht noch AnalphabetInnen sind. Bei ihnen verbinden sich Rassismus mit Leistungs- Anpassungs- und Aufstiegsdenken zum Wohlstandschauvinismus.

Während der Nationalismus für innereuropäische Konflikte mobilisiert (bzw. ein Regionalchauvinismus a la Lega oder Vlaams Blok für Standortkonkurrenz) schaltet der Eurochauvinismus die Köpfe gleich für den Kampf um die Weltmärkte, zur Abwehr der Flüchtlinge und für militärische Einsätze gegen Befreiungsbewegungen.
In diesem Sinne sprechen auch die europaweit vernetzten Faschisten in der Tradition der SS von einem „Europa der Vaterländer". In allen EU-Ländern gibt es nationalistische, rassistische und antisemitische Gruppen. Sie sind auf dem Vormarsch: von der offen militanten Nazi-Szene über den Front National, von der DVU bis zu Haiders Freiheitlichen und der AN.

TREVI und EUROPOL: Europäischer Überwachungsstaat

Das Schengener Informationssystem knüpft ein europaweites Netz der Überwachung und Repression. Länderübergreifend können Daten zu „präventiven Zwecken" ausgetauscht werden. Die nationalen Geheimdienste sind zur Amtshilfe verpflichtet. Diese europaweite Überwachung richtet sich gegen linke und demokratische Opposition und gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen.
Mit dem maschinenlesbaren „Europaß" sind internationale Sach- und Personenfahndungssysteme möglich. Sie wurden z.B. bei der Fahndung nach der „radikal"-Redaktion länderübergreifend eingesetzt.

Während die Propaganda der Herrschenden von Abbau der Grenzen und von Freiheit spricht, gibt es in Wahrheit mehr Überwachung, mehr Polizei, mehr Knäste und mehr private Sicherheitsdienste. Die Schlagbäume werden durch unsichtbare Verfolgungs- und Bespitzelungssysteme ersetzt, seien es Videoüberwachung in Bahnhöfen und Innenstädten oder Militäreinsätze gegen Flüchtlinge in Gibraltar, Brindisi oder an der polnischen Grenze.



Zentrales Organ der Repression ist TREVI, 1976 als Geheimzirkel der Innen- und Justizminister gegründet und von keinem Parlament kontrolliert. In den Arbeitsgruppen von TREVI wurden Polizeitaktiken z.B. gegen Hausbesetzungen und Demonstrationen entwickelt und vereinheitlicht und bundesdeutsche Repressionsmethoden wie die Hochsicherheitsknäste exportiert.

Durch den Aufbau einer EU-weit operienden Polizei (EUROPOL) - kontrolliert einzig durch den EUROPOL-Präsidenten - die aufgrund der ihr zuerkannten Immunität gegenüber Strafverfolgung keine Rücksicht mehr auf die jeweiligen rechtlichen Beschränkungen von Staatsgewalten in den einzelnen EU-Staaten nehmen muß, wird geheimdienstähnliche Arbeit der Polizei auf allen Ebenen legalisiert.



Weltpolizist im Anmarsch

Der Streit über eine gemeinsame Militärpolitik oder in außenpolitischen Fragen wie z.B. bei der Zerlegung von Jugoslawien ist Ausdruck europäischer innerimperialistischer Konkurrenz. Die BRD möchte - in Zusammenarbeit mit traditionellen Verbündeten aus den Zeiten des Faschismus wie Kroatien, Ungarn und den baltischen Staaten - das Vakuum nach dem Zerfall der Sowjetunion zu ihrem Vorteil nutzen und verfolgt zwei Optionen: Eine eigenständige deutsche Militärpolitik bis hin zum Griff nach Atomwaffen (FRM II in Garching). Und das Mitmischen bei allen militärischen Angelegenheiten u.a. durch den Aufbau binationaler und multinationaler Armeeeinheiten.
Als Gegengewicht zur deutschen Vormacht sucht der britische Imperialismus das Bündnis mit den USA. Frankreich, der ökonomisch stärkste Konkurrent der BRD, setzt neben seiner eigenständigen Militärpolitik auf die deutsch-französische Kooperation (Eurokorps in Straßburg; Dezember 1996: Geheimabkommen BRD/F über eine gemeinsame Verteidigungspolitik, die ausdrücklich den Einsatz der französischen Atomstreitmacht zu Abschreckungszwecken vorsieht).
Das Interesse an einer selbständig von den USA operierenden Militärmacht steht noch im Vordergrund. Reaktiviert wurde deshalb die Westeuropäische Union als „europäischer Pfeiler der NATO". Laut dem Maastrichter Vertrag kann der EU-Ministerrat unabhängig von den NATO-Gremien der WEU militärische Aufträge erteilen.

Aushebelung bürgerlicher Demokratie durch die EU-Demokratur

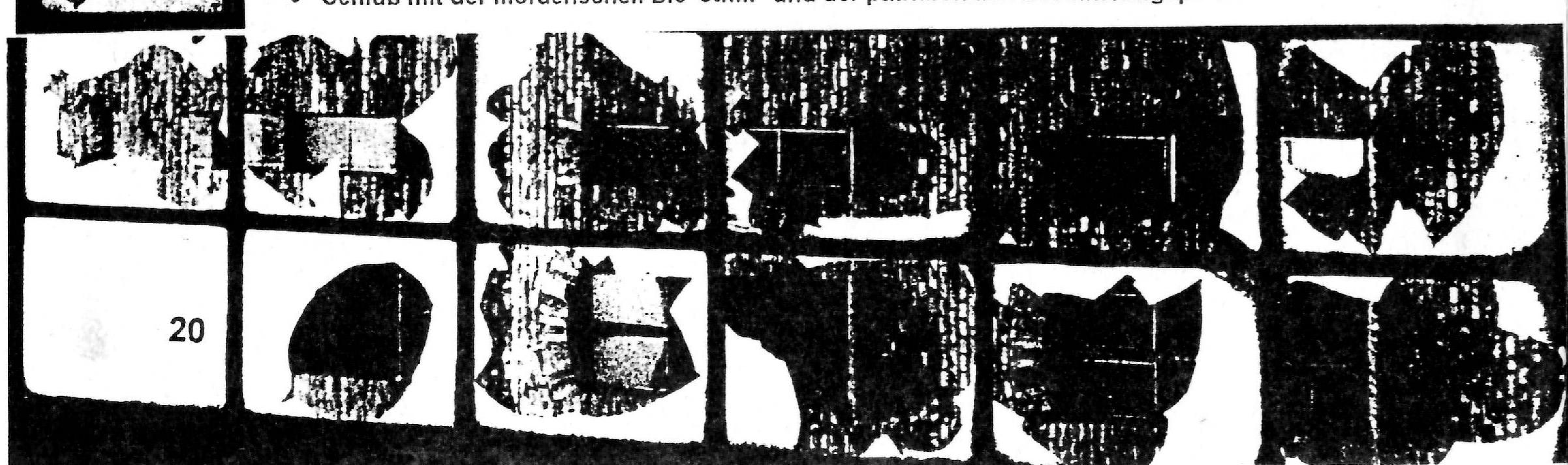
Nach dem Ermächtigungsparagraph 189 des EU-Vertrages dürfen EU-Ministerrat und EU-Kommission „Recht formulieren und erzwingen". Im Vertrag von Maastricht fehlen zwei Spielregeln sogar des bürgerlichen Parlamentarismus: Die Entscheidungskompetenz des Parlaments und das Recht zur Gesetzesinitiative. Entscheidend bleibt die EU-Kommission, also die Exekutive.
Aber auch wenn einem EU-Parlament mehr fomale Rechte zugestanden würde, würde dies nichts verändern, denn die reale Macht liegt in den Händen von internen Zusammenschlüssen wie dem ERT, der Lobby der europäischen Großkonzerne wie u.a. Daimler, Olivetti, Hoffmann - La Roche, Philips etc. Der ERT hat u.a. die Eckdaten für die Bildungsdeform in Europa vorgegeben: Mehr Selektion, mehr direkte Kontrolle der Lehrpläne durch Wirtschaftsunternehmen, Studiengebühren und deregulierte Schulen und Hochschulen. Eine vergleichbare Rolle in Pharma- Chemie und Gentechnik-Fragenb spielt „EuropaBio". Diese Genlobby besteht aus 600 Konzernen, u.a. Novartis, Bayer, Rhone-Poulenc, Novo Nordisk etc. und betätigt sich als erfolgreicher Ghostwriter für die EU-Entscheidungsgremien.

Sprengt die Festung Europa: Den Gipfel angreifen!

Die EU ist organisiert als bürokratische Diktatur und nicht „reformierbar". Sie ist politischer Ausdruck dafür, daß der Kampf auf dem Weltmarkt für das europäische Kapital nur im Verbund zu gewinnen ist. Die Euro-Diktatur dient dem Kapital dazu, soziale und demokratische Rechte zu zerschlagen, den Preis der Ware Arbeitskraft sowie ökologische Standards zu drücken und gegen Protest- und Widerstandsbewegungen oder nationalstaatliche Gesetzgebung eine Maximierung der Profite zu sichern.

Dagegen setzen wir unsere Solidarität mit antinationalistischen, antikolonialistischen und sozialen Befreiungskämpfen.

- **Offene Grenzen und Bleiberecht für alle Flüchtlinge und MigrantInnen.**
- **Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze.**
- **Auflösung von NATO, WEU und Bundeswehr.**
- **Gegen das Europa des Kapitals! Gegen die Ausbeutung des Trikonts und Osteuropas.**
- **Zerstört den europäischen Überwachungs- und Repressionsapparat.**
- **Auflösung der „Lobbys" (ERT)**
- **Sofortige Stillegung aller Atomanlagen. Stop jeglicher Forschung, Produktion und Verwertung im Bereich Atomenergie und der Gentechnologie**
- **Schluß mit der mörderischen Bio"ethik" und der patriarchalen Bevölkerungspolitik**



Ergebnisse des 2. bundesweiten Vorbereitungstreffens linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen gegen EU- und Weltwirtschaftsgipfel Juni 1999 (27.6. in Köln)



Teilgenommen haben am 27.6. Menschen aus: Antifa-AG Uni Bielefeld/Infoladen *„Anschlag"* Bielefeld, Anti-Euthanasiegruppe Köln. Antifaschistisches Komitee Bremen, Antifaschismusreferat AStA Uni Köln, *Perspektive* Bremen, Euromarsch Münster und Köln, Antifa Rhein-Mosel, Ökologische Linke Köln, Infoladen Köln, Bundessprecher-Innenrat der Ökologischen Linken, Alternative Liste Uni Köln, Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln

Interesse erklärt aber verhindert waren: Antifa-AG AStA FH Frankfurt, *Rotes Büro* Aachen, Internationalismus-AG der Antifaschistischen Aktion Berlin, Antifa FH FfM, Frauen-Internationalismus-Archiv Dortmund und Exzess FfM (wegen der leider gleichzeitig stattfindenden Demo gegen die EZB/Europäische Zentralbank in Frankfurt. Bei der Terminabsprache für das Kölner Treffen waren die seinerzeit Anwesenden irrtümlicherweise von einem anderen Demo-Datum ausgegangen).

Die Einladung für das zweite Treffen war absprachegemäß nur an die teilnehmenden Gruppen vom Auftaktplenum gegangen (bzw. an Gruppen, die sich schriftlich zurückgemeldet haben) und an einige linke Zeitungen. Für das nächste Treffen am 5.9. soll wieder (wie beim ersten Mal) über den breiteren Verteiler eingeladen werden, d.h. Antifa-Gruppen, Infoläden, ASten und linke Zeitschriften (ist erfolgt).

Das Kölner Linksradikale Anti-EU-/WWG-Plenum, das sich Anfang 98 aufgrund der politischen Diffusität und der ambivalenten Haltung des „Allerweltshaustreffens" zu Aktionen gegen die Gipfel gebildet hat, plant Veranstaltungen (u.a. zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik, Bioethik, Repression EU-weit, europäische Atompolitik, kapitalistische Herrschaftsstrukturen in Europa, Umstrukturierung der Innenstädte) und ist in die Demovorbereitungen für den 5.6.99 (Anti-EU-Demo) eingestiegen.

Die anfangs noch zahlreich besuchten **kölnweiten offenen Treffen im „Allerweltshaus"** sind personell geschrumpft und haben seit der abgebrochenen Debatte über die „10 Thesen" des Linksradikalen Anti-EU-/WWG-Plenums Köln im März nur noch technisch diskutiert (Erstellung eines Terminkalenders). Übrig geblieben ist die Absicht, am 19. Juni eine Demonstration anläßlich des WWG durchzuführen, die nach Auffassung eines Teils der TeilnehmerInnen (ILA) thematisch auf soziale Probleme (Erwerbslosigkeit) und „Migration" beschränkt sein soll. Das ist aber umstritten.

An den bundesweiten Treffen der **NGOs/NROs** (= bürgerliche Organisationen außerhalb der Regierung) in der Kölner Antoniterkirche nehmen Kirchen und Hilfsorganisationen, BUND, grüne ParlamentarierInnen, Euromarsch und einige 3.Welt-Gruppen teil. Die Kirchen wollen für die Forderung nach einem „Teilschuldenerlaß" eine Menschenkette machen. Es ist ein Kongreß eng entlang des offiziellen Gipfeltreffens geplant, der angesichts der „veränderten Konstellation nach der Bundestagswahl ... konkrete Alternativen ... für die Bewältigung der Folgen neoliberaler Globalisierung" formulieren will. Die NGO-Treffen sind an Anti-EU-Gipfel-Aktionen kaum interessiert.

Laut eines anwesenden Vertreters will der **Euromarsch** „was offenes a la Amsterdam" machen, schafft es aber nicht unbedingt alleine, eine Demo zu machen.



Grundsatzdiskussion

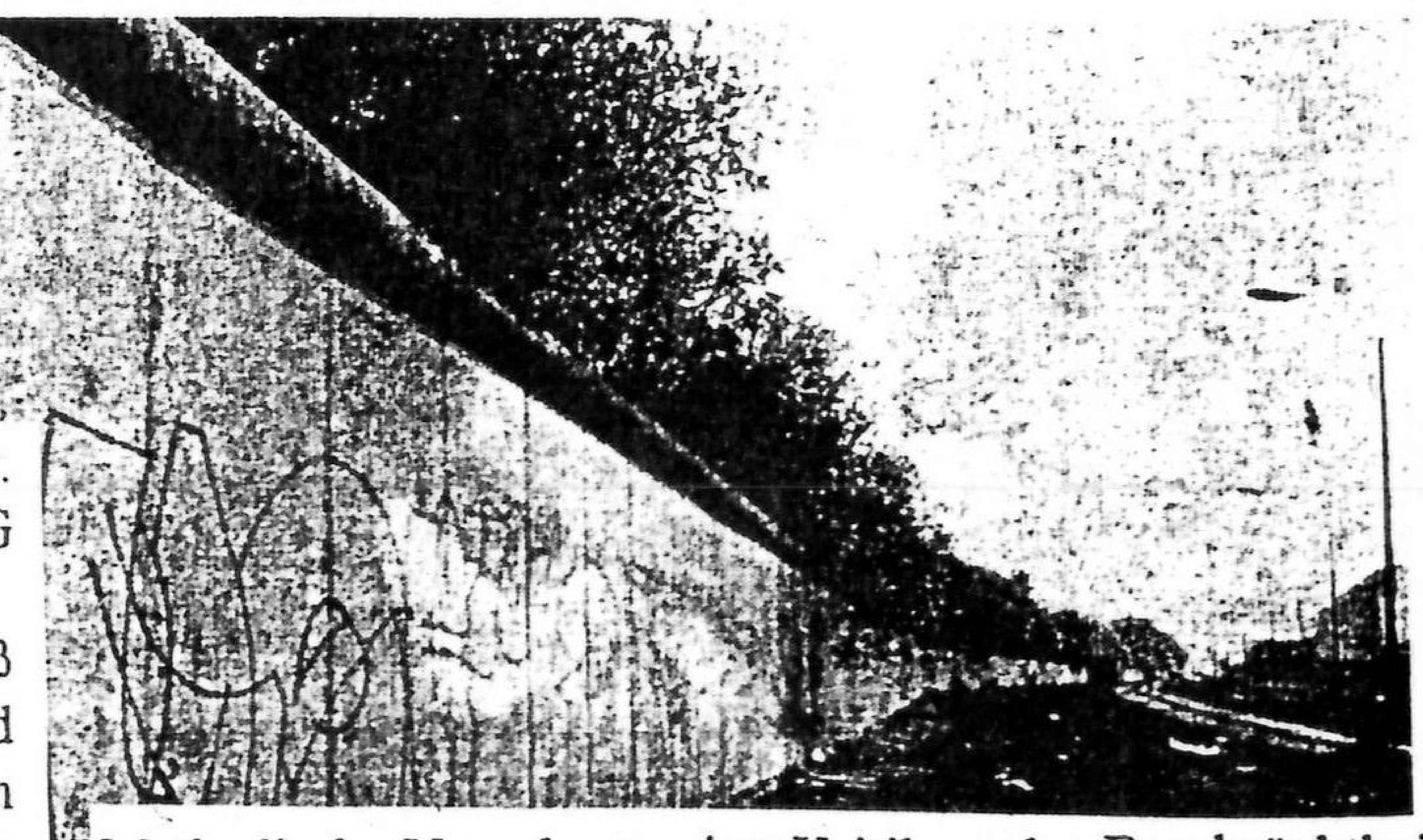
über eine linksradikale Anti-EU-Position

Es lag ein halbes Dutzend Papiere vor (siehe Rundbrief Nr. 2), in denen Grundsatzpositionen der Kritik an EU/WWG formuliert werden.
Zuerst wurde der Vorschlag für einen Anti-EU-Kongreß (Infoladen *Anschlag*) diskutiert. Er spannt ein Themenfeld zwischen Kampagnen für ein Existenzgeld und dem „Front-Konzept" auf und will die Frage verfolgen: „Wie kann sich antagonistische Politik in den Metropolen entwickeln und an welchen historischen Konzepten kann angeknüpft werden". Die InitiatorInnen wollen bei den Gipfeln nicht nur die Regierungspolitik entlarven, sondern auch strategisch diskutieren.

Perspektive (Bremen) fasst einige der Aussagen ihres Papiers pointiert zusammen: Es gehe darum, an realen Prozessen anzuknüpfen und nicht Ereignis-Politik mit dem Gipfel zu machen (also im Grunde technisch zu überlegen, wie kriegen wir am besten die Leute zur Demo etc.). Reale und immer allgemeiner auftretende Erscheinungsformen von Ausbeutung sind u.a. Prekarisierung, Neuzusammensetzung der Klasse usw. Da diese Tendenzen der aktuellen Strategie der kapitalistischen Modernisierung und Herrschaftssicherung überall immanent seien, muß von Beginn an eine internationale Diskussion geführt und für internationale Verbreitung gesorgt werden. Das heißt u.a. auch, nicht erst die Termine in Köln zu bearbeiten, sondern auch den Zwischengipfel in Wien.

Einige Formulierungen in dem Bielefelder Kongreßvorschlag (es sei „unwichtig", ob vorhandene europaweite soziale Bewegungen „reformistisch seien oder nicht" ... „alle ihre Forderungen haben eine Berechtigung" ...) stoßen auf scharfen Widerspruch. Auch die linke „Selbstkasteiung" (die radikale Linke stehe „außerhalb der gesellschaftlichen Prozesse" - wo sonst?! - und sei mit „Abgrenzung, Klüngelei und Sektierertum" beschäftigt") und der direkte Bezug auf immanente Ein-Punkt-Bewegungen werden kritisiert. Ob darüberhinaus mit einem „Existenzgeld" von 1500 DM das „Schöne Leben für alle" kommen wird, wird bezweifelt (es handelt sich genau genommen um 1500 DM plus Warmmiete).

Perspektive teilt die Kritik an dem Bielefelder Kongreßpapier. Dennoch bestehe die Notwendigkeit, über eine Mobilisierung innerhalb der linksradikalen Szene hinauszugehen.



Methodische Vergehensweise: Kritik an den Beschränktheiten der real existierenden reformistischen Bewegungen von außen hereintragen, aber dann von „innen" mitentwickeln.

Im bisherigen Themenaufriß des Kongreßvorschlag fehlen nach Auffassung einiger TeilnehmerInnen wichtige Bereiche: Die Aggression von BRD/EU nach außen und der „deutsche Sonderweg"/innerimperialistische Konkurrenz; Anti-AKW und Bioethik (zu denen es auch „Bewegungen" gibt); Destruktivkraftentfaltung und Naturzerstörung durch das EU-Kapital; Körperpolitik/Antipatriarchat; Antifa, Osteuropa und die völkische deutsche Politik.

Es wird seitens der BielefelderInnen klargestellt, daß es darum geht, Menschen aus sozialen Bewegungen zum Mitdiskutieren zum Gegenkongreß zu bekommen, nicht deren Ideologen ein Podium zu verschaffen. Die thematische Erweiterung ist natürlich o.k.
Die Frage im Kongreßpapier sei gemeint als Frage danach, wo ein Potential für eine reale Dynamik von politischer Intervention liege, es sollte nicht - wie mißverstanden oder mißverständlich formuliert - hinter sozialen Ein-Punkt-Bewegungen hergelaufen werden. Ansatzpunkt: Strategisch gebe es einen unintegrierbaren Widerspruch, nämlich den Wunsch nach einem besseren Leben. Daran könne zur Politisierung angeknüpft werden. Dabei komme es auf das *Wie* an, denn auch von rechts/oben wird mit einem „besseren Leben" auf Kosten der Ausbeutung anderer gelockt!



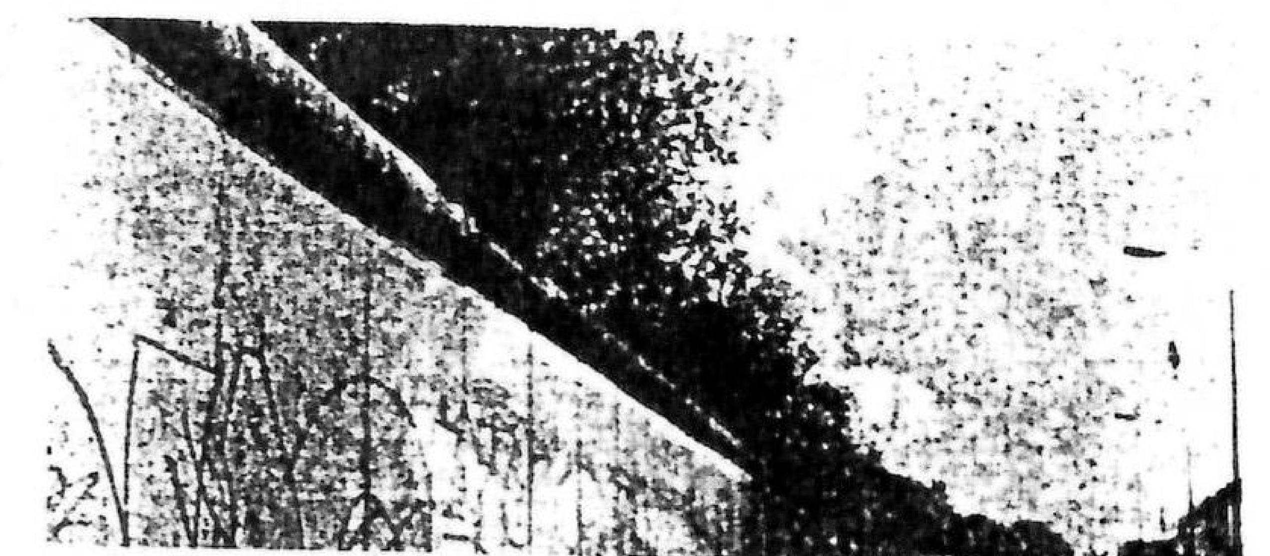
Besser gefragt: wo sind heute Entsprechungen zu finden für das Konzept der Sabotage/Absentismus (operaistischer Ansatz) und des klassenkämpferischen Alltagswiderstands? Wo sind Ansätze, sich der Verwertung kollektiv zu „entziehen"? Es wird von Mitdiskutanten davor gewarnt, aus der punktuellen Verwendung von „militanten" Aktionsformen in einigen aktuellen Bewegungen auf einen revolutionären Inhalt rückzuschließen (offenkundiges Beispiel: studentische Unibesetzungen für eine bessere Ausbildung als Humanressource).

Es wird gemeinsam festgehalten: Voraussetzung für eine Politisierung des ambivalenten „unzufriedenen Bewußtseins" ist die aufklärerische Kritik der radikalen Linken. Die dafür vorhandenen Gelegenheiten (wie während der Gipfelaktionen) müssen gegen reformistische IdeologInnen verteidigt werden, die Erkenntnis blockieren wollen (z.B. Reduktion von Kapitalismuskritik auf das Finanzkapital, auf „Globalisierungs- und Neoliberalismus"-Phrasen.

Weitere Umgangsweise: Es wird vorgeschlagen, daß sich aus dem Kreis der Leute, die Papiere vorgelegt haben, während der Sommerpause eine Redaktionsgruppe bildet. Sie soll versuchen, für das nächste linksradikale Treffen einen Vorschlag für ein Positionspapier zusammenzustellen und eine Diskussiongrundlage für den nächsten Termin herzustellen. (Das wurde von Leuten aus Bremen, Wiesbaden, Bielefeld und Köln versucht, kam aber u.a. wegen Urlaub, Arbeit etc. trotz diverser Bemühungen nicht zustande).

Vorläufiges Ergebnis ist, daß neben der Demonstration auch ein Gegenkongreß zum EU-Gipfel vorbereitet werden soll (wobei die arbeitsmäßigen Schwerpunkte in den einzel nen Orten natürlich unterschiedlich gesetzt werden). Als bisheriger wirklich sehr grober inhaltlicher Konsens wurde festgehalten, daß es darum gehen muß, „EU/WWG grundsätzlich anzugreifen". Auf dieser Basis sollten Demoplanung (Motto) und Kongreßplanung aufbauen.





Diskussion über die „10 Thesen zum Weltwirtschaftsgipfel"

Stichworte aus der regen Diskussion:

- Generell sind die Thesen ok, aber die EU-Kritik ist natürlich nicht mit drin.
- „Club der Reichen" als Bezeichnung für IWF und G-8 ist verharmlosend und erleichtert falsche Interpretationen. Es geht nicht um ein paar Leute mit viel Geld, sondern um kapitalistische Strukturen.
- Die These 4 spricht von Flüchtlingen und ImmigrantInnen als „unfreiwilliger Manövriermasse" für den Arbeitsmarkt. Es geht aber um Arbeitskraft, die unter ihrem Wert verkauft wird. Das gilt sowohl für EinwanderInnen, als auch für „Deutsche". Denn Nichtdeutsche werden nicht als „Manövriermasse" gegen tarifliche Arbeitskraft geholt, sondern sind Teil der hierarchisch unterteilten Arbeitskraft. Die vorliegende Formulierung ist offen für rassistische Interpretationen innerhalb der „Linken" („Flüchtlinge dürfen hierher kommen, damit die Arbeiterklasse gespalten wird").
- Im Abschnitt „Ökoimperialismus" wird zu wenig deutlich, daß es sich nicht um einzelne Öko-Schweinereien handelt, sondern um eine nachhaltige Zerstörung der Lebensgrundlagen.
- Abgesehen davon, daß in der These 3 einiges an neuerer Entwicklung fehlt und die Lage schlechter geworden ist, bleibt die Formel „patriarchal-kapitalistisch" zu unbestimmt und zu undifferenziert. Es geht um einen Kapitalismus, der patriarchale Herrschaft in sich integriert hat. These: Historisch hätte sich auch ein Kapitalismus ohne Patriarchat entwickeln können. Es wird vor zwei analytischen Hauptfehlern gewarnt: a) Kapitalismus und Patriarchat additiv nebeneinanderzustellen bzw. b) daraus einen Begriffsklumpen zu backen, wonach "die Männer" schuld am Kapitalismus seien, weil Frauen „veranlagungsgemäß" keine technische und intellektuelle Kultur und Herrschaft entwickeln würden. Und schon landet mensch bei einer reaktionären Subsistenztheorie. Es gehe dagegen darum die historische Gewordenheit des zeitgenössischen Herrschafts- und Ausbeutungszusammenhangs aufzuzeigen, in dem der heutige Kapitalismus natürlich auf patriarchale Unterdrückung angewiesen ist.
- Die Folgen der deutschen Einheit und die Zersplitterung Osteuropas fehlen.
- Das internationale Proletariat sollte als Kategorie eingeführt werden und als Bezugsrahmen gegen die immanente „Alternativen"-Diskussion eines „anderen" Europa, IWF usw.)

Versuch, die intensive Diskussion sinngemäß wiederzugeben.



Widerstand hat keine Wahl !

- Reclaim The Streets-Party am 27.09.98 in Berlin -





Nachdem die erste Reclaim The Streets (RTS) - Aktion in Berlin, im Rahmen der Global Street Parties gegen den G8-Gipfel in Birmingham (15.-17.5.), ein voller Erfolg war, soll nun im September eine neue Straßenparty als Gegenaktion zum Wahlspektakel der HERRschenden stattfinden. Damals hatten unter dem Motto „Spaß kann auch Widerstand machen" über 700 Menschen für mehrere Stunden die Kreuzung Memhardstr./Rosa-Luxemburg-Str. besetzt und in ein rauschendes Fest verwandelt. Weltweit fanden an diesem Termin in über 30 Städten auf dem ganzen Globus Global Street Parties statt.





Reclaim The Streets ist nicht die Loveparade - Widerstand ist mehr als auf der Straße zu tanzen

Sorgte sich Uwe Rada in seinem Kommentar in der TAZ vom 18.5. - gönnerhaft, aber offensichtlich in völliger Unkenntnis der Materie - aus der „neuen" Protestform könne ebenso wie die Loveparade (!) „auch jener Kommerz werden (...), gegen den man eigentlich antanzen wollte", ist RTS in Wahrheit weit davon entfernt den Mechanismen positiver wie auch negativer Vereinnahmung zu unterliegen. Denn die Streetparty als bewußte illegale Aneignung öffentlichen Raums, funktioniert gerade jenseits dieser Handlungsebenen herkömmlicher Politikformen und entzieht sich dadurch geradezu allen Versuchen der Funktionalisierung. Die aus Großbritannien stammende Aktionsform ist vielmehr ein Ausdruck, der dort - viel stärker als in der BRD - spürbaren Authentizität sozialen Widerstandes. Dies zeigte sich sehr deutlich an dem 1997 in London stattgefundenen „March for Social Justice", der von Gewerkschaften und RTS-London aus Protest gegen die Entlassung von 500 Liverpooler Dockers organisiert wurde und den ganzen Tag über den Trafalgar Square als Partyort besetzte, bis die „Riot Police" den Platz gegen Abend räumte und Krawalle provozierte. Anfangs vor allem von radikalen ÖkoaktivistInnen und AutogegnerInnen wahrgenommen und organisiert, wurde RTS ein Forum für immer mehr Menschen: „Party People", die sich gegen die Vernichtung und Verdrängung der nicht-kommerziellen Techno-Szene wehren, Menschen, die gegen die Privatisierung und die damit verbundene Vertreibung von „Randgruppen" aus dem öfentlichen Raum aktiv sind oder AnarchistInnen, die einfach nur Spaß daran haben, die Gesetze zu brechen. „Reclaim The Streets ist ein Akt der Verteidigung von, und für öffentlichen Raum. Es bedeutet, den Zaun der Ausgrenzung, den Kapitalinteressen benötigen, niederzureißen. Und die Straßenparty - weit davon entfernt, nur gegen Autos zu sein - ist eine Explosion unseres unterdrückten Potentials, eine Zelebration unserer Unterschiedlichkeit und ein Chor unserer Stimmen in Solidarität. Ein Festival des Widerstands", wie es in einem Flugblatt von RTS-London heißt.

Fight for your right to party

Die Straßenparty, als politische Aktionsform, ist stark beeinflußt vom Modell der „Temporären Autonomen Zone“ (TAZ), wie es der Publizist Hakim Bey in seinem gleichnamigen Essay skizziert hat: zeitlich begrenzt angeeignete Freiräume, die selbstbestimmtes Handeln ermöglichen. Orte jenseits des staatlichen Zugriffs „auf der Straße und in den Köpfen“ (Flyer aus Berlin). „Das Wesentliche der Party: von Angesicht-zu-Angesicht, eine Gruppe von Menschen agiert synergetisch, um die Wünsche der Einzelnen zu befriedigen, entweder die nach gutem Essen oder Spaß, Tanz,Konversation, Lebenskunst, vielleich sogar die nach erotischem Vergnügen oder nach Vollendung eines gemeinsamen Kunstwerkes oder nach Seligkeit, kurz, eine 'Union von Egoisten' (laut Stirner) in ihrer einfachsten Form oder aber, im Kropotkinschen Sinne, eine grundlegende Triebkraft in Richtung 'gegenseitiger Hilfe' “ (Hakim Bey).

Die Party bedient sich aus allen Schubladen und Schränken und kümmert sich nicht um Eigentumsrechte; sie ist respektlos und lacht den Gleichschritts- und Uniformfetischisten laut ins Gesicht. Der Akt der gemeinschaftlichen Aneignung und Umfunktionnierung öffentlichen Raums zieht seinen Erfolg weniger aus dem (bleibenden) Eindruck in der Öffentlichkeit, als aus der Revolutionierung des Handelns und des Bewußtseins der beteiligten Menschen während der DIREKTEN AKTION. Und die Straße - eigentlich ein Ort der Begegnung, der Kommunikation und Interaktion zwischen Menschen - symbolisiert, wie kaum ein anderer städtischer öffentlicher Raum, die Unterwerfung von Mensch und Natur durch Kapital- und HERRschaftsinteressen: als reine Versorgungsadern mit Produktions-, Waren- und Menschenmaterial; der Lüge der individuellen Bewegungsfreiheit und den aneinandergereihten Schaufenstern der Konsumtempel. Von aggressivem Mackerverhalten hinterm Steuer und rassistischer und sexistischer Ausgrenzung und Bedrohung im öffentlichen Raum Straße ganz zu schweigen. RTS nimmt sich die Straße zurück: laut, lachend und selbstbewußt. Aber - RTS ersetzt keine Antifa-Aktion, keine politische Debatte, keine militante Kleingruppenaktion und auch keine kämpferische Demo. Keine Alternative, kein neuer Versuch die Massen zu erreichen; will nicht ersetzen; ist Freiraum für selbsbestimmtes Handeln, der durch alle Beteiligten selbst erschaffen werde muß, ist Direkte Aktion - nicht mehr und nicht weniger.



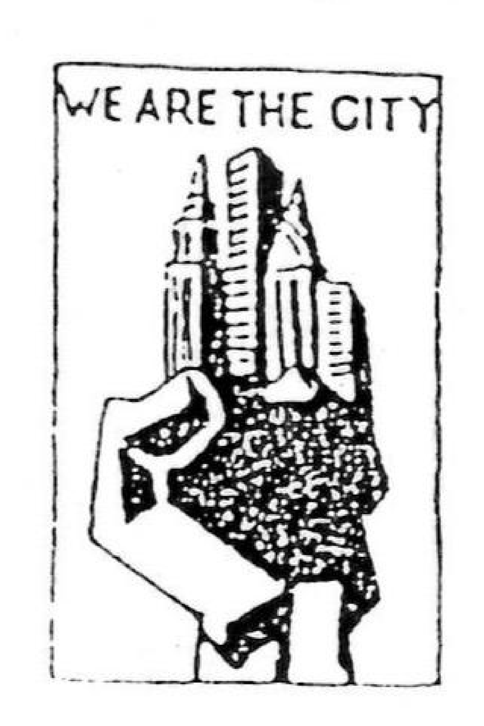


Revolutionen sind die Parties der Uneingeladenen

Wenn am 27.9. die HERRschenden ihr StimmVOLK an den Urnen versammeln, werden wir nicht in ihren miefigen Wahlkabinen sein. Wir werden auf der Straße sein - aber nicht, um den eventuellen Sieg von Rotkohl Schröder und Konsorten und den angeblich damit verbundenen Wechsel in Politik und Gesellschaft zu bejubeln. Wir werden ihren Verkehr lahmlegen, weil wir wissen es gibt Gründe genug - WIDERSTAND HAT KEINE WAHL!

Der von allen Parteien betriebene rassistische Diskurs um die „innere Sicherheit“, die Re-formierung der deutschen VOLKSGEMEINSCHAFT, der immer aggressiver werdende Abbau ehemals sozialstaatlicher Absicherungen, die Tatsache, daß Millionen von Flüchtlingen und MigrantInnen tatsächlich von dem Spektakel demokratischer Wahlen ausgeschlossen sind - ebenso, wie sogenannte Minderjährige - und, und, und. Und natürlich ändern Wahlen nichts, sonst wären sie verboten. Also bringt eure Wahlbescheinigungen mit und wir verbrennen sie gemeinsam und tanzen einen wilden Tanz um das Feuer. Vor den Augen ihrer Sicherheitskräfte erschüttern wir ihre innere Sicherheit und lachen ihnen unsere Mißachtung ins Gesicht. Sie haben keine Bedeutung.

„Geben wir zu, daß wir auf Parties gewesen sind, auf denen für eine kurze Nacht lang eine Republik aus erfüllten Begierden errungen wurde. Sollen wir nicht beichten, daß die Politik dieser Nacht für uns mehr Realität und Kraft besitzt, als die - sagen wir mal - der gesamten Regierung?“ (Hakim Bey)









Treffpunkt: 14Uhr, Tacheles (Oranienburger Str. 53-56) Look out for flyers!

Eine Scheibe Schinken ?

Im Unterschied zu Millionen hier lebender sogenannter "Ausländer" haben wir als Inhaber deutscher Personalausweise eine Wahlbenachrichtigung erhalten. Darin werden wir aufgefordert, am 27. September für ganze zehn Stunden, für einen kurzen Moment in einer nicht besonders großen Wahlkabine eingepfercht, die "Macht" mit einem Stimmzettel auszuüben. Danach soll sie dann wieder für die nächsten vier Jahre futsch sein. Schönen Dank auch. Aber immerhin: Nach der bürgerlichen Revolution haben wir wenigstens ein Wahlrecht, und so können wir uns überlegen, was wir damit machen können. Mittendrin sind wir dann in den schönsten Spekulationen, wie der Bundestag im Oktober `98 aussieht, bei denen man allzuleicht vergißt, wie zynisch die Geschäftsgrundlage dieser sind. Denn auch bei dieser Wahl stimmen wir nicht über die Frage von Herrschaft oder Befreiung ab, sondern über die Postenverteilung verschiedener oligarchischer Gruppen der pluralen Fassung der bürgerlichen Einheitspartei.

Kanzler?

Das hatte man sich im Oktober des Jahres 1982 auch nicht träumen lassen, daß einem die damalige Witzfigur Kohl im Angesicht der trostlosen personellen Alternativen am Ende dieses Jahrhunderts irgendwie noch einmal sympathisch werden würde. Dabei illustriert der wesentlich von der Bild-Zeitung gehypte Aufstieg Schröders erstens, daß sich in der SPD seit Helmut Schmidt nicht viel geändert hat, und das zweitens gegen das Medienkapital der ach´ so freien Monopolpresse in diesem Land niemand Kanzler werden kann. Dabei ist eine bestimmte Postenverteilung innerhalb der pluralen Fassung der Einheitspartei nicht völlig bedeutungslos. Es macht für die Leute unten sehr wohl einen Unterschied, ob ein Kanzler, der bekanntlich laut Verfassung in diesem Land "die Richtlinien der Politik bestimmt", und an deren Umsetzung tagein tagaus tausende von Charaktermasken arbeiten, sich gezwungen sieht, "Mehr Demokratie wagen" zu formulieren, oder wie Schäuble das Gegenteil davon: "Weniger Demokratie wagen." Klar ist heute nur, daß egal welcher Kanzler nach Kohl folgen wird, ob nun Schröder, Schäuble oder Rühe, er in Habitus und Praxis, analog zu den Verhältnissen in der BRD politisch rechts von diesem stehen wird. Und mit Verlaub: Die an den Mob ergangene Aufforderung "kriminelle Ausländer an den Kragen zu packen, und dann `raus!" kam von Schröder, nicht von Kohl. Doch abgesehen davon, werden sowohl Kohl als auch Schröder eine Politik betreiben, die den Leuten unten weiter das Geld aus den Taschen ziehen wird - sofern sie sich nicht kollektiv zusammenschließen, um sich zu wehren. Allerdings, und das ist das Beunruhigende an Schröder, legt dieser in Sachen Sozialkürzungen nicht nur erheblich mehr Aggressivität an den Tag als Kohl, sondern verfügt auch durch das Netz von Gewerkschaften und Sozialbürokratie über einen erheblich besseren Einblick in die noch vorhandenen Möglichkeiten derjenigen, die über kein hohes Einkommen verfügen. In den USA und Großbritannien sind es ja gerade die "linken" Systemkandidaten, die durch gravierende Verschärfungen des Zwanges zur Arbeit auf dem Arbeitsmarkt das zuende brachten, worin sich die Kraft der neoliberalen Derregulierungsideologie erschöpfte.

Störgrößen?

Mit Ausnahme einer rechtsradikalen Basisbewegung und ihres klaren terroristischen Barbarisierungsprogrammes existiert aktuell keine andere politische Größe in diesem Land, die ein Heraus aus dem Verkehrs- und Organisationsformen der bürgerlichen Gesellschaft formuliert. Zeitweise haben die Grünen in den 80er Jahren auf der Bühne des formalen politischen Systems soetwas wie eine nicht genau zu berechnende Störgröße dargestellt. Doch nun haben sie sich einen Platz in den Institutionen staatlicher Herrschaft gesichert. So repräsentiert diese Partei als Form nur noch so etwas wie eine negativ-abstrakte "systemische Intelligenz" des Metropolenkapitalismus, die als eine Art ideelles Gesamtinteresse sowohl um die Knappheit von Ressourcen, als auch um die Notwendigkeit neuer Formen ihres Managements kreist. Im Klartext: Eine radikale Umwälzung der Technostruktur gerade im "Energie- oder Verkehrsbereich" in der Metropole ist keine exklusive "politische" Angelegenheit zwischen "Links" oder "Rechts", sondern im Selbsterhaltungsinteresse des Kapitalismus notwendig. Doch dabei ist es fast völlig egal, wer diesen Umstrukturierungsprozeß politisch organisiert, da das Kapital aus sich selbst heraus dazu nicht in der Lage ist, und einer politischen Moderierung bedarf. Ob das allerdings tatsächlich ausgerechnet von Grünen geleistet werden kann, ist deshalb fraglich, weil diese Partei zugleich mit den Wirkungen der von ihr erreichten wahlpolitischen "Erfolge" konfrontiert ist, die ihre Entsubjektivierung besorgen. Und dies hat Folgen nicht nur in Form des Korruptionsskandals in Hessen, wo unter der von dieser Partei programmatisch hochgehaltenen Fahne von "Entstaatlichung" und "ziviler Gesellschaft" öffentliche Staatstöpfe schlicht für die eigene Klientel privatisiert wurden. Die Entsubjektivierung droht die Grünen als eine politische Formation selbst aufzufressen, wie es an dem eigentümlichen Gebrauch staatlicher Macht durch den von den von dieser Partei gestellten Ahaus-Bullenpräsidenten Schlimber deutlich wurde. Der meinte sich doch tatsächlich vor "Gorlebener Verhältnissen" fürchten zu müssen, um danach ganz praktisch nicht nur den potentiellen Grünen-Nachwuchs rechtsstaatlich zusammenzuprügeln, sondern auch zugleich die "Castor-Transport-Kosten" deutlich zu senken. Diese Beispiele illustrieren, daß die Grünen auch öffentlich sichtbar ohne eigene innere Uhr und ohne ein eigenes Prinzip agieren. Kein Wunder, daß mittlerweile ein Großteil der grünen Bundestagsfraktion öffentlich mit CDU-Kriegsminister Rühe gegen ihren eigenen Parteivorsitzenden geht. Die Grünen verfolgen kein Projekt mehr über die Reproduktion des bestehenden Systems hinaus.

Was ist nun mit der PDS? Die Eigenschaft, die diese Partei nach der Vereinigung der Deutschländer trotz allen subjektiven Anpassungswillens hatte, eben eine objektive Störgröße im BRD-Verfassungsbogen zu sein, hat sie nun zwischenzeitlich selbst, unter der Wahlkampfleitung ausgerechnet eines ehemaligen Stasi-IM`s in einer Geschwindigkeit, die uns doch etwas überrascht hat, eliminiert. Gregor, dieser wirklich liebenswürdige Clown, stellt sich allen Ernstes hin und verkündet öffentlich, daß die PDS doch im Unterschied zu allen anderen, die Partei der Einheit und des Grundgesetzes sei. So stehen nun auch in Kürze Regierungsbeteiligungen in einigen Ost-Bundesländern offiziell an. Und so schreibt die oberste Parteileitung Entschuldigungsbriefe an einen ehemaligen Wehrmachtsoffizier, und das Hausblatt "Neues Deutschland" arbeitet monatelang daran, einen Schreibtischfaschisten nicht etwa darüber berichten zu lassen, warum er nur ein dummes Schwein ist, sondern diesem die Möglichkeit zu geben, die absurde Frage: "Wie national muß die Linke sein?" zu diskutieren. "Tschüß und löst euch endlich auf!" sagt man da nur noch.

Tänze des Zynismus

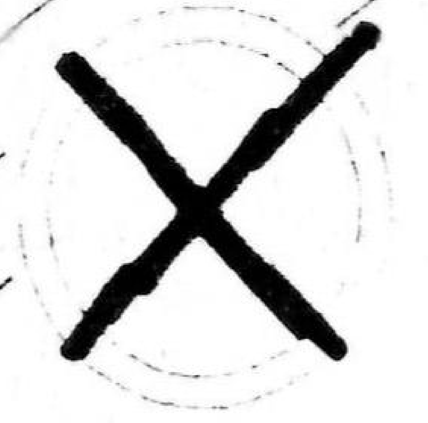
Als Ergebnis des Wahlabends ist jede Konstellation möglich. Vielleicht macht die CDU ja noch ein paar Stimmen mit einem Kriegseinsatz im Kosovo... Für eine große Koalition könnte sprechen, daß darin die Kräfte des alten Bonner Sozialkompromisses eher zur Wirkung kommen, anstatt in Regierung und Opposition gespalten zu sein. Darüber hinaus ist es überhaupt noch nicht ausgemacht, ob den drei kleinen Parteien überhaupt der Einzug in den Bundestag gelingt. Und dann gibt es ja immer noch ein Wählerpotential von rund 10% in diesem Land, die ein trübes Nazigebräu in der Birne haben, und das zuweilen eine entsprechende Ganovenfraktion in die Parlamente kegelt. Das wäre wirklich eine aparte Anordnung: Die beiden großen Parteien allein mit einer Faschistenfraktion im Bundestag. Die nicht unberechtigte Befürchtung, daß sich die Nazis dann mit einem dicken Geldtopf alimentieren können, würde gegen das Argument stehen, daß SPD und CDU dann tatsächlich etwas gegen die Nazis machen müßten, anstatt einfach, wie in manchen Bereichen jetzt, deren Politik zu betreiben. Ei, ei: Große Politik ist zynisch.

Jagdwurst !

Einen Teufel werden wir tun, und zur Wahl irgend einer Partei aufrufen. Wer damit nicht ganz konkret einen Posten in Aussicht hat, muß schon sehr bescheuert sein, seine Stimme an diese abzugeben. Richtig ist es aber an der Wahl teilzunehmen, um sich erstens von denen abzugrenzen, die deshalb nicht wählen gehen, weil sie gegen jede Form von Demokratie sind und sich stattdessen ein "starkes Arschloch" als Kanzler wünschen; zweitens ist es richtig, die Wahlbeteiligung hochzutreiben, weil das auf jeden Fall den kleinen Parteien schadet. Und dann, und das ist das Wichtigste, ist es richtig, gegen eine Wahl zu protestieren, die uns keine läßt. Agnoli erzählte letztens, daß Italiener in diesem Sinne einfach eine Scheibe Schinken in den Wahlzettel legen. "Wir sind hier doch nicht in Italien!" ist uns da sofort eingefallen. Aber in der BRD tut es auch Jagdwurst.

Timur und sein Trupp





Dieses System ist ungültig !

GenossInnen: WÄHLT !

Daß jemand sich gleich und voll und ganz und gar mit dem identifizieren müsse, was er unter bestimmten Umständen tut, wer sagt denn das. Jedes kleine Gefecht bedarf einiger kluger Zurückhaltung und intelligenter Überlegung, um Schaden in erträglichen Grenzen zu halten und möglichsten Nutzen zu ziehen.

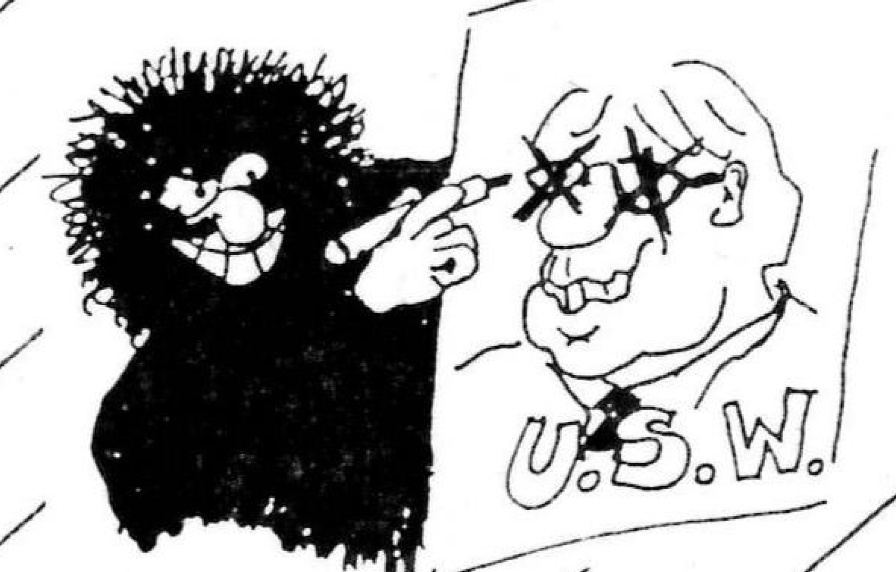
Daß ich als Anarchist keineswegs und hoffentlich glaubhaft keineswegs dem zentralistischen demokratischen Parlamentarismus das Wort rede, dürfte wohl allen einleuchten. Hier ist die Rede von Taktik.

Der Wahlvorgang als solcher und die eventuelle Anderszusammensetzung der (scheinbar) Regierenden kann nichts Grundsätzliches ändern, denn im Kapitalismus orientiert sich das staatlich Gemachte und Machbare am Kapital und seinen Bedürfnissen, die auch öffentlich als Maßeinheit gesamtgesellschaftlichen Wohlstandes propagiert und somit geheiligt werden. Grundsätzliche Antastungen hätten Folgen in Form legaler Außerkraftsetzung von Grundrechten: Notstand.

Klimatisch gesehen jedoch ist es nicht ganz von untergeordneter Bedeutung, wer uns nötigt an diesem Staat zwangsteilzuhaben. Liberalität ist ein gesellschaftsverändernder Faktor. So kann sich auch ein mit weniger Phantasie ausgestatteter Mensch ohne weiteres vorstellen, welche politisch-klimatischen Folgen eine Regierung der Stoibers, Gauweilers, Schönhubers und -bohms hätte. Die politische Großwetterlage scheint uns um einiges erträglicher unter (!) einem Dirigentenkonsortium Schröder-Lafontaine-Fischer (Gysi?). Mensch hat die deutliche Ahnung von mehr Spiel(!)raum. Linksopportunismus oder auch nur Bürgerliberalität ist dem Rechtsopportunismus und -radikalismus wohl immer vorzuziehen. Wer's nicht glaubt, ziehe mal ein paar Jahre nach Bayern (Ich war schon drei Jahre da!).
Nun bin ich auch alt genug, die Segnungen eines SPD-Unwesens schon genossen (!) zu haben. Siebziger Jahre: Terroristenhetzte, Sondergesetze, Atomkraftwerksbau und übelste Polizeiausschreitungen, NATO-Doppelbeschluß (Raketen) und was der Schmidt-Genscherschen Errungenschaften mehr waren. Allerdings durften auch erstmals Arbeiterkinder massiv an höhere Bildungsinstitutionen.

Wir erwarten von einer möglichen verschröderten GrünKohl-Regierung nichts als ein paar anfängliche Almosen und ein wenig Umstellungs-Knirschen im konservativen Getriebe. Man wird sich arrangieren. Man wird versuchsweise den Kapitalismus (post)modernisieren. Wir erhoffen und erwarten sicher eine (neuerliche) Demaskierung als sozial verkaufter Politik. Wir wünschen unbedingt *Die Grünen* an die Macht, damit sie sich an dieser Stelle als das offenbaren, was sie schon lange sind: karriere- und machtgeile Bürgerkinder mit bunten Krawatten und ner Plastikblume im Knopfloch.
Wir meinen, daß die Verhältnisse optisch entsteinert werden müssen: das Signal vermeintlicher Bewegung könnte nach Erkenntnis des staatischen Spektakels in wirkliche Bewegung übergehen bevor sich das Pseudo-Neue richtig etabliert und dickgefressen hat.
Wir glauben, daß für breite Bevölkerungskreise eine Verlängerung der Ära KOHL über die psychologisch wichtige Jahrhundert/-tausendwende ein Signal abgrundtiefer Hoffnungslosigkeit wäre. Der Glaube and die Ewiglichkeit der Aussitzer und Lügen-Industriebarone nähme mythische Ausmaße an.

Um den taktischen Wechsel zu erreichen und zunächst möglichst viel Sand ins Getriebe zu streuen, gibt es nur eine mögliche sichere Stimmabgabe: *Die Grünen*. Schon um eine große Kopulation unmöglich zu machen. Beim taktischen Wählen können Stimmen an die unsicher plazierte PDS, die sonst taktisch (!) vorzuziehen wäre, verloren sein.
Wem soviel Taktik nicht schmeckt und wem die Nichtwahl Dogma ist, der/dem sei die APPD ans Herzle gelegt: die spendiert wenigstens Freibier, kommt nicht ins Parlament und die anderen Wahlvereine können die 5 DM pro NichtwählerIn nicht proporzmäßig unter sich verteilen. Wem auch dieses kleine Kreuz zu viel ist, die/der mache ohne zu zielen das ganz große mit dem dicken Filzstift, von der einen Ecke des Wahl-Scheins in die andere der Schein-Wahl. Das ist das mindeste, was mensch von sich selbst verlangen sollte. Unsichtbare Stimmen sind Zu-stimmen. W ä h l t -Revolution!



Möge der Große Geist euch die Feder leicht führen!

HOW! R@J

(Seit 1983 Herausgeber des Schwarzroten KALENDA)

Dieses System ist ungültig !

DIESES SYSTEM IST UNGÜLTIG !



Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten

Weiterleitung eines Flugblatts aus dem Dritte Welt Haus Frankfurt/Main:

Vorläufige Information

Spitzel im "Dritte Welt Haus e.V." in Frankfurt und im Karawanenbündnis

Im April 1998 kam "Thorsten Behrens" in das "Dritte Weit Haus e.V." in Frankfurt in die IGA (Initiative gegen Abschiebung). Er sei auf der Suche nach einer antirassistischen Gruppe, in der er sich konkret für Flüchtlinge engagieren könne. Er komme aus West-Berlin und habe seit dem Tod seiner Mutter als er 16 Jahre alt war in Münster bei seinem Onkel gelebt. Dort hatte er in den letzten 3 Monaten in der GGUA (Gemeinnützigen Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender) mitgearbeitet.

Durch einen Zufall wissen wir seit dem 22. August 1998, dass "Thorsten" ein Spitzel ist. In einer Frankfurter Kneipe kam es im Beisein von IGA-Mitgliedern zu einer sehr aufschlussreichen Begegnung zwischen "Thorsten" und einem alten Freund. Nach einigen Versuchen die Bekanntschaft zu diesem Mann zu leugnen, eskalierte die Situation als dieser darauf beharrte, "Thorsten Behrens" sehr gut über eine jahrelange Freundschaft bei der Militärpolizei in Berlin zu kennen allerdings unter dem Namen "Thorsten Hannemüller". Auch die Information, dass der ehemalige Freund inzwischen als Praktikant in einem Frankfurter SeniorInnenheim arbeitet, wollte dieser Bekannte nicht glauben - da dies zu seinem Freund, mit dem er früher gelegentlich "Türken und Schwule klatschen gegangen" sei, überhaupt nicht passe. Nach einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen den Beiden ergriff "Thorsten" die Flucht und ist seitdem verschwunden. Weder in seiner Wohnung, noch an seiner Arbeitsstelle, die er mittlerweile gekündigt hat, tauchte er wieder auf. Am 26. August 1998 meldete sich "Thorsten" telefonisch bei einem Mitglied der IGA. In diesem Gespräch konnte/wollte er nicht erklären, warum er verschwunden ist und seine Arbeitsstelle gekündigt hat. Auch auf mehrmalige Fragen, wo er sich aufhalte bzw. telefonisch erreichbar sei machte er keinerlei konkrete Angaben.

"Thorsten" arbeitete 3 Monate in der GGUA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender) in Münster mit, sowohl in der Beratung als auch in einer Radiogruppe. In den letzten 4 Monaten beteiligte er sich in der IGA (Initiative gegen Abschiebung) im"Dritte Weit Haus e.V." in Frankfurt. Von dort aus gelangte er in das Frankfurter Karawanenbündnis und das Rhein-Main-Aktionsbündnis gegen Abschiebungen.

Hinweis:

im Flugblatt ist noch ein Foto von "Thorsten" enthalten, das bei uns (AG3F) als jpeg-Datei erhältlich ist - hat natürlich, da vom Flugblatt gescannt, keine besonders gute Qualität, geht gerade noch so ansonsten bitten wir davon abzusehen, uns (AG3F) als WeiterleiterInnen des Flugblatts mit Nachfragen zu bestürmen, wir wissen erstmal auch nicht mehr, weitere aus Frankfurt kommende Infos werden wir ebenso hierhin weiterleiten.

AG3F Antirassistische Gruppe Für Freies Fluten
Metzgerstraße 8, 63450 Hanau
Tel./Fax/AB: 06181-184892
E-mail: AG3F@OLN.comlink.apc.org

bundesweite ...schlußdemo
Demonstration der ...rawane
Sa. 19.9.1998 in Köln
12 Uhr Ebertplatz, 14 Uhr Neumarkt, anschließend Kulturfest

BUNTE HILFE DARMSTADT

Wir sammeln für Atomkraftgegner denen jetzt wegen der CASTOR-Blockaden der Prozeß gemacht wird. Jetzt kommt's drauf an, die Betroffenen nicht alleine zu lassen. Spendet für die Prozeßkosten unter dem Stichwort:
"Schluß mit den CASTOR-Transporten"
auf das Konto bei der Kreissparkasse Darmstadt:
BLZ.: 508 501 50
KTO.: 11 00 33 54

TKDV GRUPPE BERLIN "die zwanglosen"

PROZEß GEGEN TOTALVERWEIGERER

Am 22.9.98 - 9:00 Uhr
Amtsgericht Tiergarten
Turmstraße 91
Raum 572

Tilman Heller - Totaler Kriegsdienstverweigerer aus Berlin wird am 22.9.1998 aufgrund seiner Gewissensentscheidung, Kriegsdienste total zu verweigern, vor Gericht gestellt.

Totalverweigerer werden in politischen Prozessen mit bis zu 5 Jahren Knast bestraft. Und das nur, weil sie sowohl den Dienst mit der Waffe als auch den waffenlosen Zivildienst ablehnen.

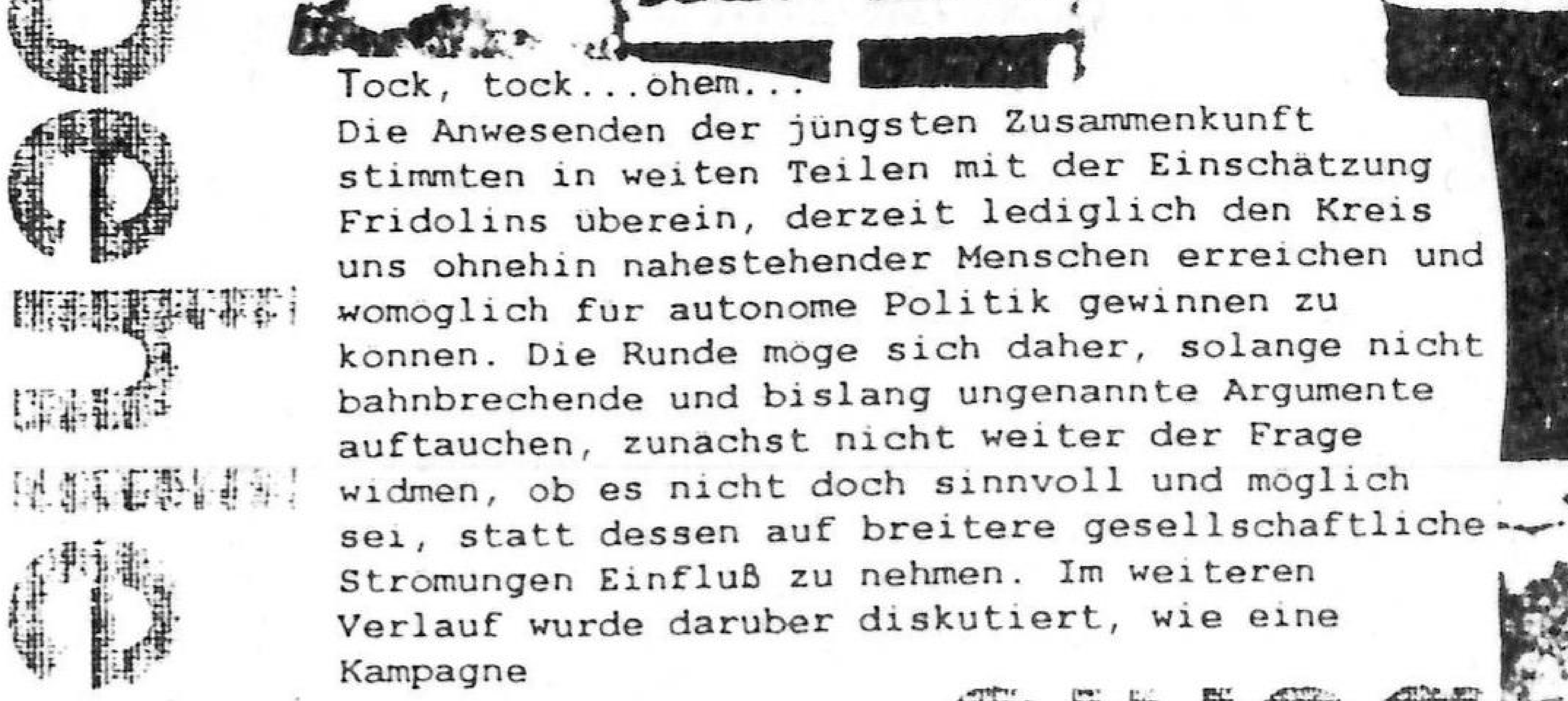
Als Teil der Gesamtverteidigungskonzeption der Bundesrepublik Deutschland ist der Zivildienst ein Kriegsdienst ohne Waffe und dient der Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht.

WIR FORDERN
Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Abschaffung der Bundeswehr!

WIR RUFEN AUF
zum Zivilen Ungehorsam
KRIEGSDIENSTE VERWEIGERN!

Kontakt:
TKDV-Gruppe Berlin
c/o Kampagne gegen Wehrpflicht
Oranienstraße 25
10999 Berlin
Tel.: 612 86 332 / 615 00 530
Fax: 612 86 331 / 615 00 529
eMail: TKDVBerlin@gosh.berlinet.de

b e w e g u n g - m i l i t a n z - k a m p a g n e



Tock, tock...ohem...
Die Anwesenden der jüngsten Zusammenkunft stimmten in weiten Teilen mit der Einschätzung Fridolins überein, derzeit lediglich den Kreis uns ohnehin nahestehender Menschen erreichen und womöglich für autonome Politik gewinnen zu können. Die Runde möge sich daher, solange nicht bahnbrechende und bislang ungenannte Argumente auftauchen, zunächst nicht weiter der Frage widmen, ob es nicht doch sinnvoll und möglich sei, statt dessen auf breitere gesellschaftliche Strömungen Einfluß zu nehmen. Im weiteren Verlauf wurde darüber diskutiert, wie eine Kampagne

zum offensiven Umgang mit offenen Fragen

gemacht werden kann

Wie machen wir klar, daß unser Angriff den Strukturen von Herrschaft gilt, wenn nicht Institutionen sondern Personen als Angegriffene *erscheinen* (how to get a p.c. Erregungskorridor?) ?

Nach welchen Kriterien machen wir Menschen zu MitspielerInnen, wenn diese Strukturen darin bestehen, daß alle (oder fast? Wir auf alle Fälle!) *irgendwie* TrägerInnen von Herrschaft sind.

Wie vermeiden wir Beliebigkeit, wenn es gerade nicht darum geht, besonders Schuldige auszusuchen? Ändert der Begriff der Verantwortlichkeit was an dem Problem? Wo soll in der Praxis die Genauigkeit herkommen, wenn wir dieses glibberige Etwas Herrschaft (Dank an Poppy & Curt für die Hilfs-Hydra), dem wir trotz aller Verinnerlichung spinnefeind sind, nicht genauer zu fassen kriegen?

vorschlag: Konkret & abstrakt das Ganze mal durchspielen. Wäre ein behlemäßiger Beitrag zu Kampagnen wie Kein Mensch ist illegal denkbar?
(Was xyz in Interim 453 geschrieben hat, liegt auch noch auf dem Tisch...)

27. september - 18 uhr
blauer salon, mehringhof gneisenau 2a
(...oder guckt ihr alle Hochrechnungen ???)

behle

radikal für Freiheit

Spektakel gegen autoritäre Politik
2. bis 4. Oktober in Frankfurt (O)

U.a. mit AGen zu: politisches Strafrecht, politische Mandat, Kriminalisierung von AntimilitaristInnen, Perspektiven der Antifa-Arbeit, Geheimdienste abschaffen!, Familienpolitik und § 218, Anti-Atom-Bewegung, Recht auf Faulheit, Kein Mensch ist illegal, Drogenverbote & Dealer-Hysterie, KommunistInnenverfolgung, Nationalismus, Europäischer Polizeistaat etc.
Zusätzlich: Party und Aktionen

Kosten: 30,- DM (incl. Essen, Übernachtung)
Ort: Jugendzentrum Mikado (Frankfurt / Oder)
Anmeldung: JungdemokratInnen / Junge Linke Berlin
Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin
Fon / Fax (030(24729747
www.jungdemokraten.de

Das Infobüro (Leipzig) verliert dieses Jahr seine kostenlosen Büroräume. Damit landen acht linke Gruppen auf der Straße. Ihr könnt das verhindern: Wir suchen neue Räume - Ihr spendet!



Infos & Kontakt (bis 30.9.98):
Infobüro, Peterssteinweg 13,
04107 Leipzig,
Tel.: 0341-2119322,
Fax: 9608303

„Ohne Euch können wir nicht weiter"

Spenden an:
Küchenholz e.V., Spardabank,
BLZ 120 965 97,
Konto: 593 19 67,
Kennwort: Infobüro

Projekte im Infobüro: Antirassistisches Archiv und Gruppe, Ermittlungsausschuß, kahina - Bildungs- und Informationszentrum Naher und Mittlerer Osten, Antifaschistisches Pressearchiv, Buchladen Bruchsteine, Bildungswerk BILIS, Räume, Technik und Postfachadresse verschiedener linker Zeitschriften und antifaschistischer Gruppen u.a.

Donnerstag, 17.9.:

The kids are not alright: Ausstellung und Infoveranstaltung: durch illegale Technoparties... im öffentlichen Raum "eine zeitlang einen Ort der Selbstbestimmung jenseits des staatlichen Zugriffs schaffen..."; Ort: Zielona Gora, Grünberger Str. 73, Berlin-Friedrichshain; 20.00 Uhr

Mit Chile im Herzen... "Im Zeichen der Spinne-Anatomie einer Konterrevolution" DEFA-Film v. Heynowski/Scheumann, 1983, 45 min.; Ort: Galerie Olga Benario, Eingang Restaurant "Orlando", Weserstr. 5, Berlin-Neukölln, 19.30 Uhr

"Alice's Restaurant", Film USA 1969, 110 min., v. Arthur Penn; tragikkomische Ballade über die im Zerfall begriffene Protestkultur und ihre Auseinandersetzung mit der bornierten Obrigkeit der USA der 60er Jahre; Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, Berlin-Kreuzberg; 20.00 Uhr

Freitag, 18.9.:

"Brechtlos", szenische Lesung über das Schreiben, die Frauen und den Erfolg; Fleißer, Hauptmann, Berlau; mit Schauspielerin Angelika Waming, Saxophonistin Almut Schlichting, Regie u. Autorin: Christina Khanji; Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, Berlin-Kreuzberg; 20.00 Uhr

Samstag, 19.9.:

Demo gegen Naziaufmarsch in Rostock, siehe Artikel im Heft

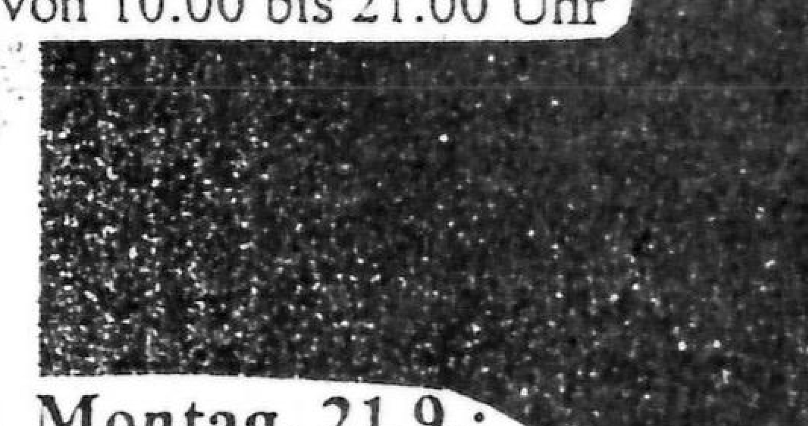
Bundesweite Demonstration/Abschlußddemo der Karawane gegen die Illegalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen, Köln, Ebertplatz 12.00 Uhr, Neumarkt 14.00 Uhr, anschließend Kulturfest

Anti-Fascist-Demonstration in Zabrze(Polen). If you want to stay a camping-space will be offered. Take a tent and go to Zabrze, pl. Krakowski godz., 15.00 Uhr; mehr Infos unter: Http://WWW.POLBOX.COM/G/GANNW/DEMD ENG:HTML oder E-mail: GANW@POLBOX:COM

Fußballturnier gegen Platzverweise oder "Wem gehört die Stadt?" von Netzwerk Selbsthilfe. 9.00 bis 14.00 Sportplatz Lobeckstrasse Berlin-Kreuzberg. Infos 030/6913072

Sonntag, 20.9.:

III. Öffentliches Forum der Lokalen Agenda Kreuzberg; Ort: Statthaus Böcklerpark, Prinzenstr. 1, Berlin-Kreuzberg; verschiedene Veranstaltungen von 10.00 bis 21.00 Uhr



Montag, 21.9.:

Mit Chile im Herzen... "Zur Bewahrung des Gedenkens an Salvador Allende"; Referentin: Maria Rojas, Leiterin der "Casa memorial Salvador Allende" in Havanna, Cuba. Ort: Galerie Olga Benario, Eingang Restaurant "Orlando", Weserstr. 5, Berlin-Neukölln, 19.30 Uhr

Dienstag, 22.9.:

Prozeß gegen Totalverweigerer; Unterstützung erwünscht. Amtsgericht Tiergarten, Turmstr.91, Raum 572; 9.00 Uhr

Wovor hat die (Genfer) Polizei Angst? Infoveranstaltung zum MAI und zur WTO mit Film über Peoples Global Action. Eine Veranstaltung im Rahmen der internationalen Aktionswoche gegen das MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen); Ort: EX, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, Berlin-Kreuzberg; 19.30 Uhr



MANIFESTACJA

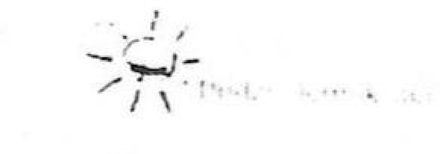
ŻĄDAMY DELEGALIZACJI UGRUPOWAŃ O CHARAKTERZE NEOFASZYSTOWSKIM

Nie pozwólmy, aby historia się powtórzyła.

19 września 1998 Zabrze

pl. Krakowski godz. 15⁰⁰







*Termine*Termine*Termine*Termine*Termine*Termine*Termine*

Mittwoch, 23.9.:
"Die Agonie der Stadt", Vortrag; Murray Bookchin's Buch wird vorgestellt (Bookchin=Öko-Anarchist); Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, Berlin-Kreuzberg; 20.00 Uhr

Donnerstag, 24.9.:
Mit Chile im Herzen... "Guatemala-Chile: zwei historische Erfahrungen"; Referentin: Maria Rojas; Ort Zielona Gora (Stadtteilladen), Grünberger Str. 73, Berlin-Friedrichshain, 19.30 Uhr

"Erbeer und Schokolade", Film Kuba/Mexiko/Spanien 1993, 110 min.; ein systemkritischer Homosexueller und ein linientreuer Student lernen sich in Havana in mehreren Begegnungen kennen. Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, Berlin-Kreuzberg; 20.00 Uhr

Freitag, 25.9.:
Baustop.randstadt: No new Berlin - Was sich von den New Yorker Verhältnissen und von Zero Tolerance lernen läßt? Mit Neil Smith (Geograph, Rutgers University, New Jersey), Klaus Ronneberger (Stadtsoziologe, Frankfurt/Main) und Uwe Rada (taz Berlin); Ort: Markthalle Berlin-Carre, Alexanderplatz; 19-22 Uhr

Mit Chile im Herzen... "Chile: das Scheitern des neoliberalen Modells", Referentin: Maria Rojas; Ort : Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Zeughofstr. 20, Berlin-Kreuzberg; 19.30 Uhr

Samstag, 26.9.:
Baustop. randstadt: Revanchistische Stadt - Politische Optionen gegen neoliberale Stadtentwicklung und neue Strategien der Ausgrenzung. Workshop mit Vorträgen und Dias aus New York und Berlin. Mit Neil Smith (Geograph, Rutgers University), Anrew Castrucci (Künstlerkollektiv Bullet Space, New York), Walther Jahn/Stephan Lanz (AutorInnenkollektiv spacelab, Berlin) und VertreterInnen der InnenStadtAktion Berlin. Ort: Markthalle Berlin-Carre, Alexanderplatz; 14-18 Uhr

Sonntag, 27.9.:
Reclaim The Streets-Party Treffpunkt Tacheles (Oranienburger Str. 53-56 Berlin Mitte) 14.00 siehe Rückseite

behle: Bewegung-Militanz-Kampagne: Zum offensiven Umgang mit offenen Fragen; Ort: Blauer Salon, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a; 18.00 Uhr

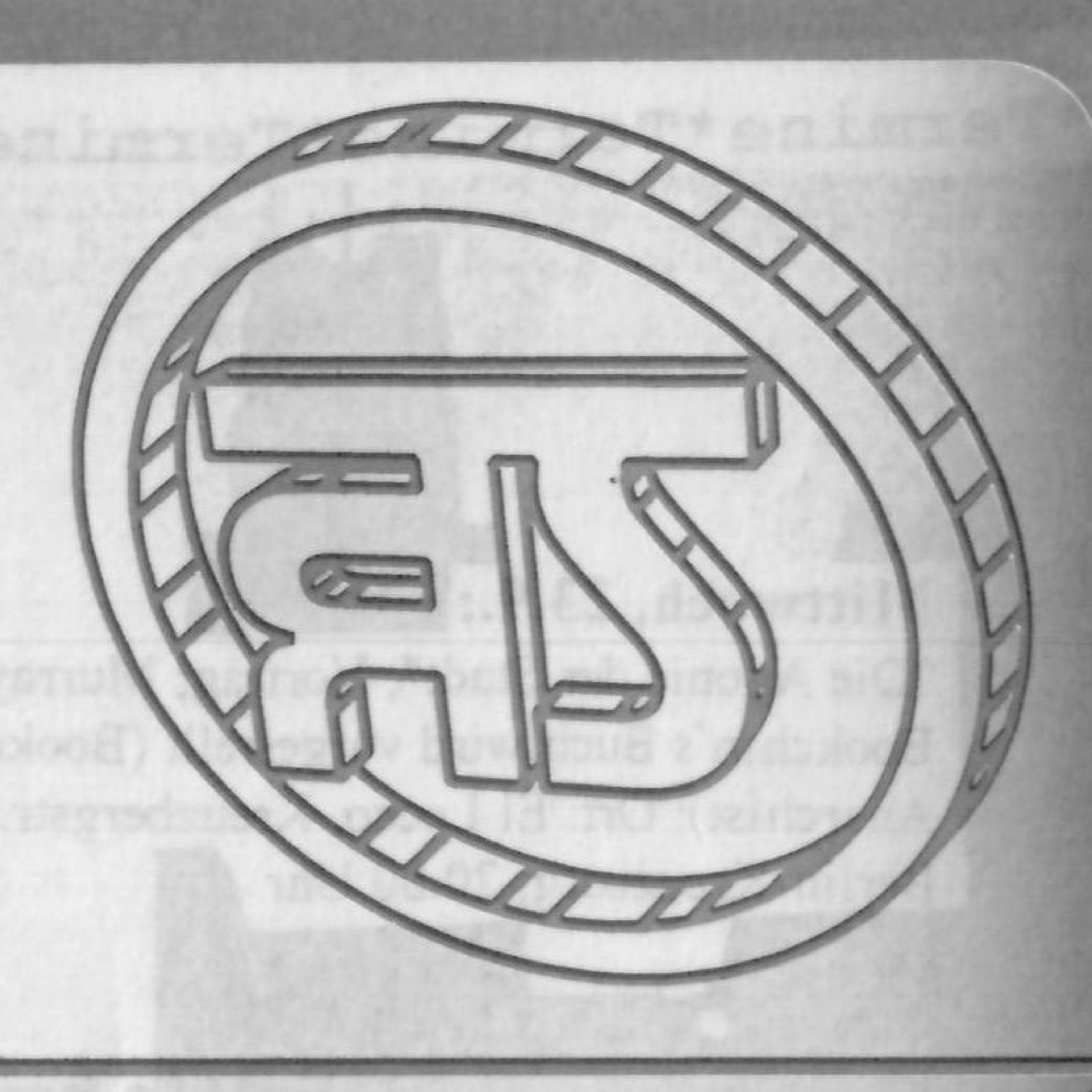
Baustop.randstadt: Marodierende Mädchengangs - Zum Verhältnis von privaten und öffentlichen Räumen. Workshop mit Vorträgen und Film. Mit Susan Ruddick (Geographin, University of Toronto) und Franziska Roller (Kulturwissenschaften, Universtät Tübingen); Ort: Markthalle Berlin- Carre, Alexanderplatz; 14-18 Uhr

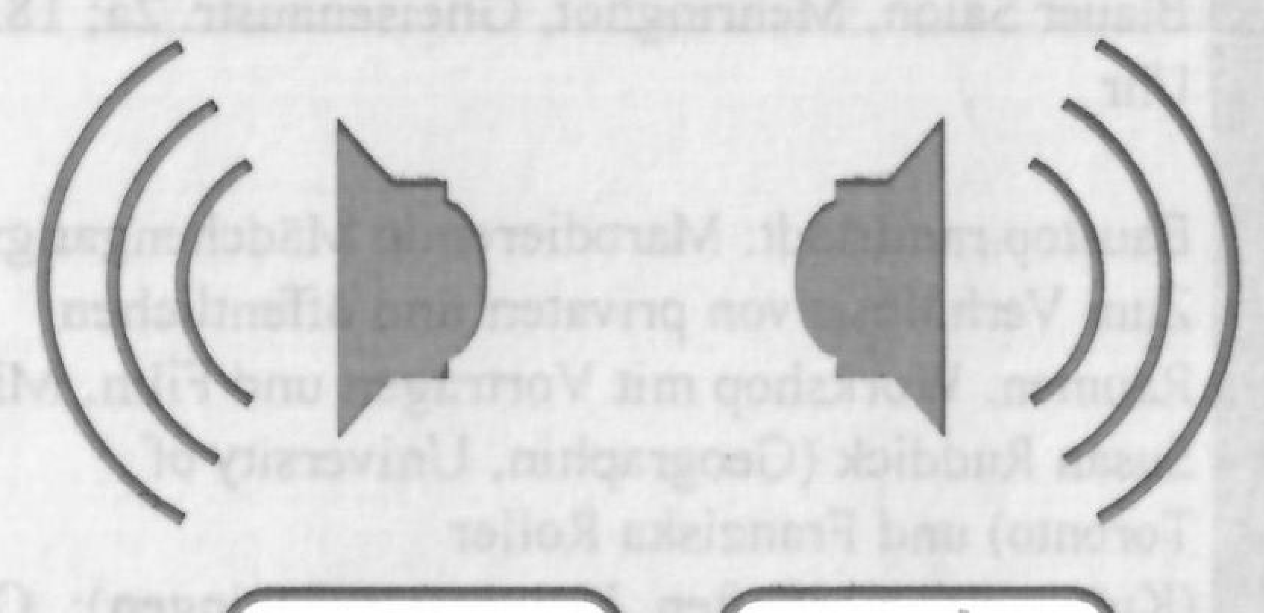
Mittwoch, 30.9.:
Mit Chile im Herzen ... "Aktuelle Sicht auf soziale Bewegungen in Lateinamerika", Referentin: Maria Rojas; Ort: Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, Berlin-Mitte; 19.00 Uhr

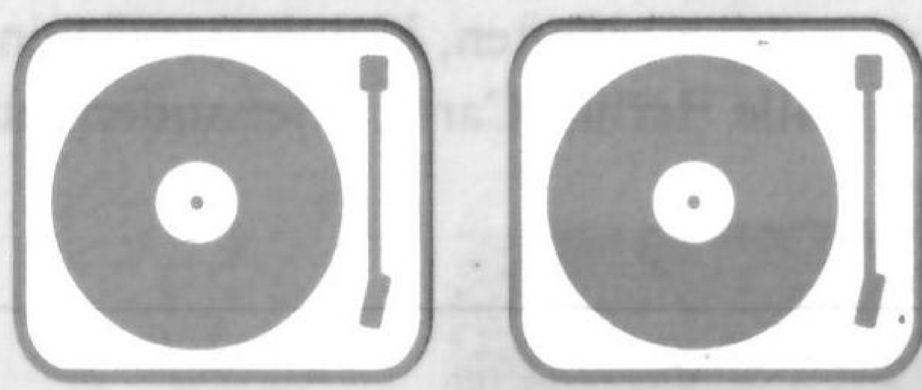
Donnerstag, 1.10.:
Mit Chile im Herzen ... "Vermißt" Spielfilm v. Costa-Gavras, USA 1982, 120 min.; Ort: Galerie Olga Benario, Eingang: Restaurant "Orlando", Weserstr. 5, Berlin-Neukölln; 19.30 Uhr

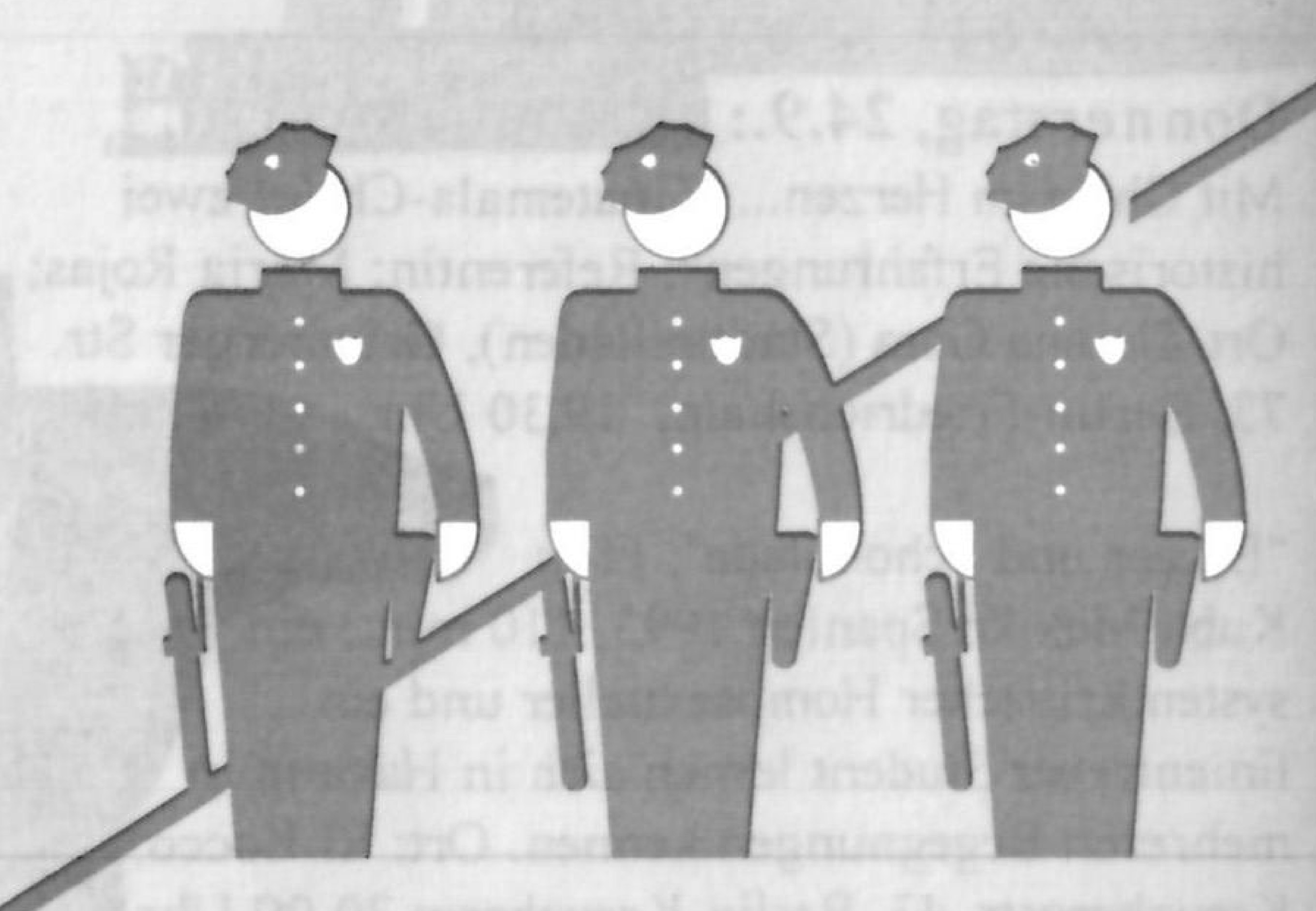
Vorankündigung:
12.11.: die Polizei lädt uns ein zum "3. europäischen Polizeikongreß". Erklärt wird alles über elektronische Schlüssel, Internet-Fahndung und Abhörtechnologien. Begleitet wird der Kongreß von einer Fachausstellung, in der Unternehmen ihre Produkte für die Polizeien präsentieren. Erwartet werden 400 TeilnehmerInnen von "Sicherheits"-kräften. In the heart of...

reclaim the streets

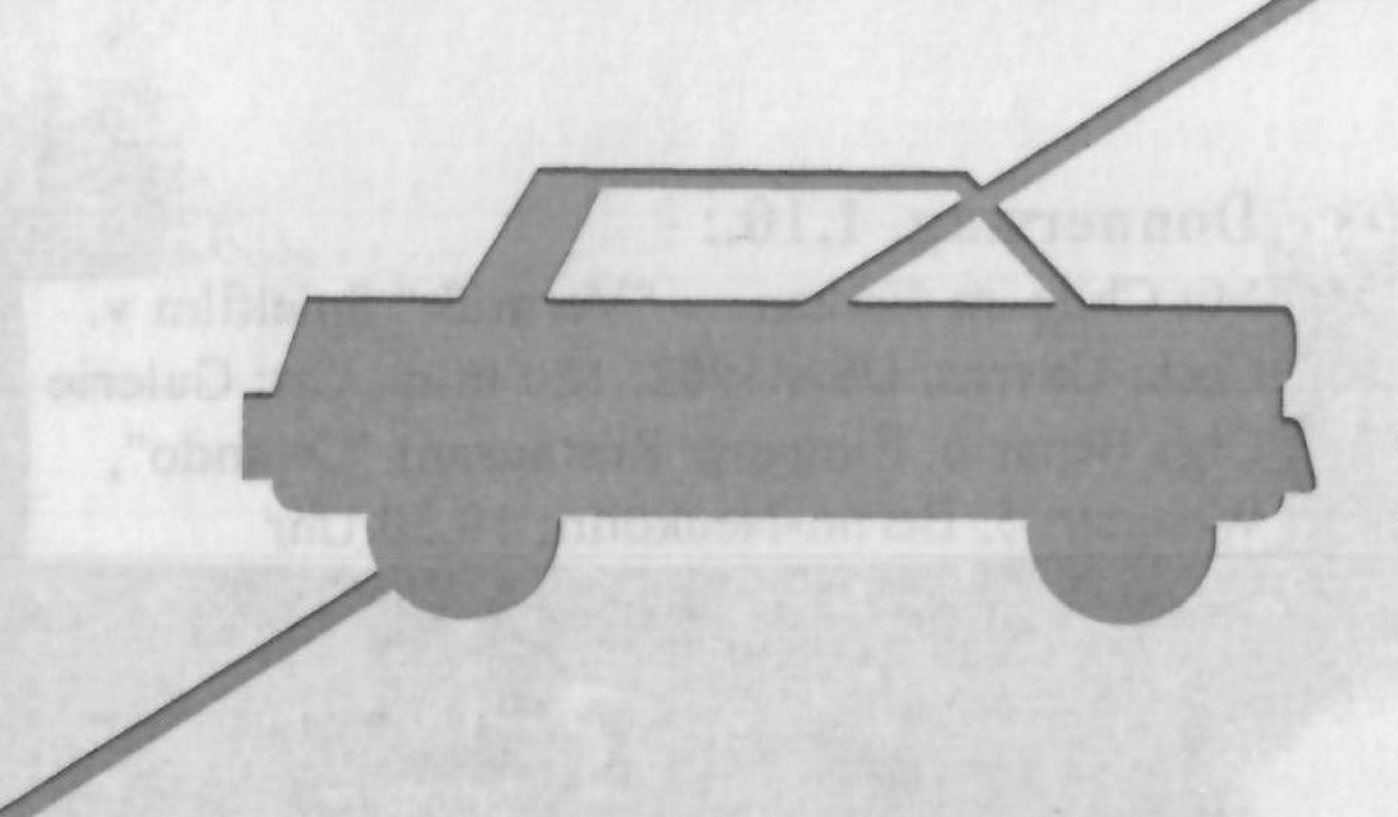


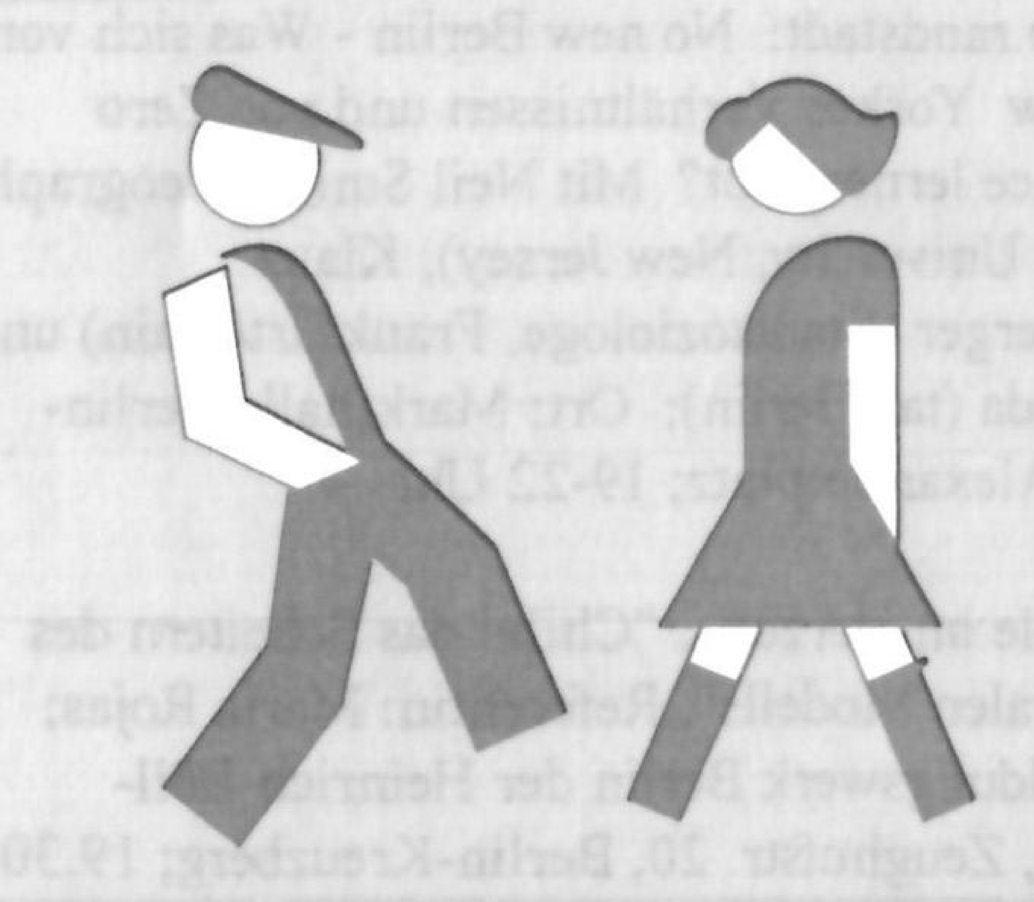






repetetive beats — no cops





no cars — street-rave

widerstand hat keine wahl!

27-9-98 14.00 uhr

treffpunkt : tacheles : berlin
oranienburger strasse 53-56

www.gn.apc.org/rts/